Friedrichshain-Kreuzberg

sozial. solidarisch. weltoffen.

DIE LINKE.

Programm
zur Wahl der
Bezirksverordneten-
versammlung 2016

Programm zur Wahl der
Bezirksverordnetenversammlung am 18. September 2016
Beschluss der Hauptversammlung am 9. April 2016

Impressum

DIE LINKE. Friedrichshain-Kreuzberg
Weidenweg 17
10249 Berlin
Telefon: 030/4262687
info@dielinke-fk.de

www.facebook.com/DIELINKE.FK
www.dielinke-fk.de

V.i.S.d.P.: Pascal Meiser

FRIEDRICHSHAIN-KREUZBERG: SOZIAL. SOLIDARISCH. WELTOFFEN.

Liebe Friedrichshainerinnen und Friedrichshainer, liebe Kreuzberginnen und Kreuzberger,

am 18. September stimmen Sie bei der Wahl der Bezirksverordnetenversammlung darüber ab, wie unser Bezirk in den nächsten Jahren gestaltet werden soll. Mit unserem Wahlprogramm wollen wir Ihnen unsere Vorschläge für die künftige Entwicklung von Friedrichshain-Kreuzberg unterbreiten.

In Friedrichshain-Kreuzberg leben Menschen, die in über 170 Ländern ihre Wurzeln haben. Kulturelle, religiöse und sexuelle Vielfalt prägen unseren Bezirk und machen ihn besonders. Auch deshalb leben die meisten von uns gerne hier. Für viele jedoch wird das Leben immer schwieriger. Die Mieten sind in den letzten Jahren explosionsartig gestiegen. Immer mehr Menschen fragen sich, ob sie sich morgen noch leisten können, in ihrem Kiez zu leben.

Denn die Mieten explodieren, während die Löhne, Renten und Sozialleistungen nicht oder nur in einem viel zu geringen Maße steigen. Niedriglöhne, befristete Arbeitsverträge, geringfügige Beschäftigung und Leiharbeit erschweren vielen Menschen die Lebensplanung. Scheinselbstständigkeit ist weit verbreitet und die Selbstausbeutung nimmt zu. Die offizielle Arbeitslosenquote liegt in unserem Bezirk weiterhin bei rund 12 Prozent – tatsächlich suchen deutlich mehr Menschen nach einem Arbeitsplatz. Und obwohl wir ein sehr junger Bezirk sind, ist der Anteil der Rentnerinnen und Rentner, die in Armut leben müssen, so hoch wie nirgendwo sonst in Berlin.

Zugleich entwickelt sich unser Bezirk zunehmend auseinander. Während der Kreuzberger Norden zu einer der ärmsten Regionen in Berlin geworden ist, ist auf der Stralauer Halbinsel die soziale Lage deutlich besser als im Berliner Durchschnitt. An manchen Orten liegen zwischen neu gebauten Luxuslofts und Orten der Armut und Obdachlosigkeit, zwischen Überfluss und bitterer Armut nur wenige Schritte. Zudem sind in den letzten Jahren am Kottbusser Tor, im Görlitzer Park und an der Revaler Straße »Hotspots« entstanden, in denen Massentourismus, Drogenhandel und Gewaltkriminalität zu einer schwierigen Gemengelage geführt haben, um die sich Bezirk und Land in den kommenden Jahren ernsthaft und ohne Effekthascherei gemeinsam kümmern müssen.

Wir haben in unserem Wahlprogramm von A bis Z aufgeschrieben, was wir in den kommenden fünf Jahren tun wollen. Unser Bezirk soll ein lebenswerter Ort für alle bleiben nicht nur für diejenigen, die über

einen dicken Geldbeutel verfügen. Was wir brauchen, sind Arbeitsverhältnisse, mit denen sich die eigene Zukunft wieder planen lässt, sind Löhne, von denen man leben kann, ist eine verlässliche soziale Absicherung für Alt und Jung. Die Mietenexplosion und die Verdrängung aus unserem Bezirk müssen gestoppt werden. Um das zu erreichen, darf auch der Konflikt mit finanzstarken Investoren nicht gescheut werden. Auch Menschen, die nur über ein kleines Einkommen verfügen, müssen künftig eine bezahlbare Wohnung in Friedrichshain-Kreuzberg finden können.

In unserem Bezirk sind viele Menschen auf Unterstützung angewiesen. Ihnen gilt unsere besondere Aufmerksamkeit. Wir wollen die soziale Infrastruktur ausbauen, Nachbarschaftszentren, Jugendeinrichtungen und Begegnungsstätten stärken. Wir stellen hier unsere Ansätze vor, wie wir die zugewanderten und geflüchteten Menschen in unserem Bezirk unterstützen und gleichberechtigt in unsere Gesellschaft integrieren wollen. Wir stehen an der Seite der zahllosen ehrenamtlichen Flüchtlingshelferinnen und -helfer, die in Friedrichshain und Kreuzberg unter schwierigen Bedingungen dafür sorgen, dass Geflüchtete willkommen geheißen und unterstützt werden. Wir unterbreiten Vorschläge, wie Obdachlosen und Suchterkrankten Hilfe geleistet werden sollte und was wir tun werden, um Einrichtungen der Pflege, der Behindertenhilfe und der Jugendsozialarbeit zu stärken.

Wir wollen das Engagement für die Gemeinschaft und für hilfsbedürftige Menschen fördern und unterscheiden dabei nicht nach Herkunft, Religion oder Hautfarbe. Rechter und rassistischer Hetze werden wir uns auch künftig konsequent entgegenstellen. Wir werden nicht zulassen, dass solche Parolen das Zusammenleben in unserem Bezirk gefährden.

An einige Erfolge der letzten Jahre können wir anknüpfen:

Wir haben gemeinsam mit den Betroffenen die weitere Privatisierung und Schließung von Jugendfreizeiteinrichtungen im Bezirk verhindert. Wir haben durchgesetzt, dass die Milieuschutzgebiete im Bezirk ausgeweitet werden, in denen der Bezirk die Umwandlung in Eigentumswohnungen einschränken und Luxusmodernisierungen verhindern kann. Auf unser Drängen hin wurden die Weichen dafür gestellt, dass der Bezirk endlich ernsthaft prüft, wie er in den Milieuschutzgebieten von seinem Vorkaufsrecht bei der Übernahme von Wohnhäusern durch Investoren Gebrauch machen kann. Auf unseren Vorschlag hin wird die Beratung von Mieterinnen und Mietern ausgebaut. Wir haben durchgesetzt, dass es im Jobcenter einen Ombudsmann gibt. Uns ist gelungen, die Bibliotheken im Bezirk besser auszustatten. Und wir haben mit dafür gesorgt, dass endlich eine Straße nach dem ermordeten Antifaschisten Silvio Meier benannt wurde.

An anderen Stellen konnten wir uns noch nicht durchsetzen. Auch das gehört zur Wahrheit. Die Bezirke werden vom Land weiterhin nicht ausreichend mit Geld und Personal ausgestattet. Doch wir werden nicht aufhören, Druck zu machen, um das zu ändern. Wir setzen uns dafür ein, dass die mangelnde Ausstattung des öffentlichen Dienstes ein Ende hat und dringend benötigtes Personal in den Bezirksämtern eingestellt wird. Wir wollen Schluss damit machen, dass man wochenlang auf einen Termin beim Bürgeramt warten muss, und das Bezirksamt wieder in die Lage versetzen, die ihm übertragenen Aufgaben auch erfüllen zu können – und zum Beispiel die Zweckentfremdung von Wohnraum auch tatsächlich zu kontrollieren und zu ahnden.

Dieses Wahlprogramm ist unser Vorschlag für ein soziales, solidarisches und weltoffenes Friedrichshain-Kreuzberg. Es geht aber nicht nur darum, uns zu wählen – es ist genauso wichtig, sich selbst einzumischen und gemeinsam für mehr soziale Gerechtigkeit zu kämpfen. Viel zu häufig wird über die Köpfe der Menschen hinweg entschieden. Das gilt leider auch für unseren Bezirk und insbesondere seinen grünen Baustadtrat. Und wo bürgerschaftliches Engagement erfolgreich Einfluss auf die Bezirkspolitik nehmen konnte, hat der SPD-CDU-Senat in der Vergangenheit wiederholt die bezirkliche Bauplanung an sich gerissen und so die Mitbestimmung der Bürgerinnen und Bürger ausgehebelt. Der Volksentscheid über die Zukunft des Tempelhofer Feldes und die Initiative für einen Mietenvolksentscheid haben jedoch gezeigt, was erreicht werden kann, wenn man hartnäckig bleibt.

Wir versprechen: Wir stehen auch in Zukunft verlässlich an der Seite der vielen engagierten Bürgerinnen und Bürger, Initiativen, Vereine und Verbände, die sich für ein soziales, solidarisches und weltoffenes Friedrichshain-Kreuzberg einsetzen. Und wir werden auch weiterhin dafür streiten, die Tradition unseres linken und widerständigen Bezirkes Friedrichshain-Kreuzberg fortzuschreiben.

Dafür brauchen wir Ihre Unterstützung.
Und dafür werben wir um Ihre Stimme
am 18. September 2016.

ARBEIT: existenzsichernd statt unsicher und schlecht bezahlt

Berlin ist noch immer die Hauptstadt der unsicheren und schlecht bezahlten Arbeit: Zwar war die wirtschaftliche Entwicklung in den letzten Jahren vergleichsweise positiv, doch davon ist nur bei einem kleinen Teil der Berlinerinnen und Berliner etwas angekommen. Vier von zehn Beschäftigten arbeiten in Berlin in unsicheren oder schlecht bezahlten Jobs. Viele Menschen sind arm trotz Arbeit und müssen ihren Lohn mit Hartz-IV-Leistungen aufstocken. Zugleich ersetzen Leiharbeit und Minijobs reguläre Beschäftigungsverhältnisse. Jeder zweite neue Arbeitsvertrag ist befristet. Scheinselbstständigkeit und Selbstausbeutung sind weit verbreitet. Friedrichshain-Kreuzberg bleibt von diesen Entwicklungen in besonderem Maße betroffen.

Um diese Entwicklung umzukehren, ist ein Politikwechsel auf Bundesebene notwendig. DIE LINKE will Leiharbeit abschaffen und sachgrundlose Befristungen verbieten. Minijobs sollen in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung umgewandelt und der Mindestlohn soll auf zehn Euro die Stunde erhöht werden.

Aber auch auf Landes- und Bezirksebene gibt es viele Möglichkeiten, gute Arbeit zu fördern und unsichere und schlecht bezahlte Beschäftigungsverhältnisse zurückzudrängen. Doch in unserem Bezirk gibt es bisher keine umfassende Strategie, die vorhandenen Möglichkeiten zu nutzen. Friedrichshain-Kreuzberg verfügt über ein umfangreiches »Beauftragtenwesen«: Es gibt Beauftragte für Datenschutz, Integration, Gleichstellung, EU-Angelegenheiten, für Menschen mit Behinderung und für Klimaschutz. Eine zentrale Anlaufstelle für die Koordination von Maßnahmen zur Förderung guter Arbeitsbedingungen gibt es hingegen bis heute nicht.

DIE LINKE fordert daher, dass im Bezirksamt die Position eines/einer hauptamtlichen Beauftragten für gute Arbeit eingerichtet wird. Der/die Beauftragte soll für die ressortübergreifende Koordination von Maßnahmen verantwortlich sein, die Rahmenbedingungen für gute Arbeit und gute Ausbildung in Friedrichshain-Kreuzberg schaffen. Zugleich sollen sich Bürgerinnen und Bürger, Betriebs- und Personalräte sowie Gewerkschaften mit ihren Anliegen an diesen Beauftragten/diese Beauftragte wenden können.

Wir wollen gemeinsam mit den Gewerkschaften prüfen, wie geeignete Anlaufstellen für eine arbeitsrechtliche Erstberatung, insbesondere auch für Menschen mit Migrationshintergrund, geschaffen werden können, und wie dafür gesorgt werden kann, dass gesetzliche Schutzregelungen wie der Mindestlohn eingehalten werden. Entscheidend hierfür ist eine gute Zusammenarbeit der bezirklichen Einrichtungen mit bestehenden Kontrollbehörden auf Bundes- und Landesebene, Betriebs- und Personalräten sowie den Gewerkschaften.

Städtebauliche Verträge, die der Bezirk bei Bebauungsplänen im Zusammenhang mit Neuansiedlungen von Unternehmen abschließt, müssen beinhalten, dass Mindestbedingungen für gute Arbeit eingehalten werden. Auf Landesebene müssen die Regelungen der Wirtschaftsförderung so ausgeweitet werden, dass öffentliche Aufträge nur an Unternehmen vergeben werden, die auf Leiharbeit und Missbrauch von Werkverträgen verzichten.

Das Land Berlin vergibt jährlich für rund fünf Milliarden Euro Aufträge, den größten Teil über die Bezirke. Damit haben das Land und seine Bezirke einen beachtlichen Einfluss auf die Arbeitsbedingungen in einigen Branchen, so zum Beispiel im Bau- und Reinigungsgewerbe. Um gute Arbeitsbedingungen zu fördern, hat DIE LINKE bereits 2010 mit dem Landesvergabegesetz durchgesetzt, dass Unternehmen, die öffentliche Aufträge erhalten, je nach Branche entweder die tarifvertraglich geregelten Mindestarbeitsbedingungen einhalten müssen, mindestens aber einen Mindestlohn von inzwischen 8,50 Euro pro Stunde zu zahlen haben. Bei personalintensiven Aufträgen kann sogar eine Bezahlung des Personals in Anlehnung an die ortsüblichen Tarife verlangt werden. Und bei sonst gleichwertigen Angeboten sollen diejenigen Unternehmen bevorzugt den Zuschlag erhalten, die Ausbildungsplätze bereitstellen, sich an tariflichen Umlageverfahren zur Sicherung der beruflichen Erstausbildung oder an Ausbildungsverbünden beteiligen. Bei der Vergabe von Bau-, Liefer- oder Dienstleistungen ist zudem darauf hinzuwirken, dass keine im Ausland produzierten Waren oder dort erbrachte Dienstleitungen einfließen, bei denen gegen die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisationen verstoßen wird.

DIE LINKE fordert eine Erhöhung des zu zahlenden Mindestlohnes auf zehn Euro pro Stunde. Vor allem aber müssen die bestehenden Vergaberegelungen eingehalten werden. Dafür müssen in einem nächsten Schritt jetzt dringend die notwendigen Kontrollmechanismen geschaffen werden. DIE LINKE fordert, im Bezirk Kontrollmechanismen einzuführen, um das Vergabegesetz durchzusetzen und die darin vorgesehenen Sanktionen bei Verstößen strikt anzuwenden. Dazu gehören Vertragsstrafen, die fristlose Kündigung für Auftragnehmer und deren Ausschluss von künftigen Ausschreibungen.

Wo es möglich ist, sollen an private Dienstleister ausgelagerte Aufgaben wieder in bezirklicher Verantwortung erbracht werden. Zum Beispiel soll die Schulreinigung wieder in bezirklicher Verantwortung erledigt werden. Dadurch verbessern sich die Arbeitsbedingungen der Reinigungskräfte und die Qualität der Reinigungsleistung wird verbessert.

Im sozialen Bereich werden finanziert durch öffentliche Mittel wichtige Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger durch Freie Träger erbracht – in den vergangenen Jahren in Folge der Ausgliederung von Angeboten und Einrichtungen, die ehemals in öffentlicher Hand vorgehalten bzw. betrieben wurden, mit steigender Tendenz. Zugleich haben sich die Arbeitsbedingungen bei den Freien Trägern zunehmend verschlechtert. Vielerorts wird untertariflich bezahlt. Das betrifft wichtige Bereiche wie Pflege, Kinder- und Jugendarbeit, Obdachlosenhilfe, Inklusions- und Migrationsprojekte. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass dort, wo öffentliche Gelder für Freie Träger bewilligt werden, gute Arbeitsbedingungen und eine tarifliche Entlohnung gewährleistet sind. Dafür sind ausreichend finanzielle Mittel einzuplanen und Tarifsteigerungen bei den Mittelzuweisungen zu berücksichtigen.

Auch die Arbeitsbedingungen in den Berliner Bezirksämtern haben sich in Folge des rücksichtlosen Personalabbaus zum Teil drastisch verschlechtert. Die gleichen oder sogar mehr Aufgaben müssen von immer weniger Beschäftigten erledigt werden. Die Folge sind nicht nur schlechtere Dienstleistungen und längere Wartezeiten zum Beispiel in den Bürgerämtern, sondern auch Mehrarbeit, Arbeitsüberlastung und Stress für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Derzeit sind im Bezirksamt im Schnitt zehn Prozent der Beschäftigten erkrankt. Besonders häufig von Ausfällen betroffen sind im Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg zum Beispiel das Bürger- und das Ordnungsamt sowie das Sozial- und das Grünflächenamt.

DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass das betriebliche Gesundheitsmanagement im Bezirksamt weiter ausgebaut wird, um extremer Arbeitsbelastung und Erkrankungen durch präventive Maßnahmen entgegenzuwirken. Die Ursache des Problems kann allerdings auch das beste Gesundheitsmanagement nicht lösen. Notwendig bleibt, den durch den Senat vorgegebenen kontinuierliche Stellenabbau

in den Bezirken zu stoppen und umzukehren, sodass wieder so viel Personal zur Verfügung steht, wie für eine bürgernahe Verwaltung gebraucht wird.

An den Volkshochschulen werden immer mehr Kursleiterinnen und Kursleiter zu Dumpinglöhnen beschäftigt – auch an der Volkshochschule Friedrichshain-Kreuzberg. Obwohl viele von ihnen diese Tätigkeit hauptberuflich ausüben, erhalten sie nur Honorarverträge. Der Arbeitgeber zahlt weder in die Arbeitslosen- noch in die Rentenversicherung ein, eine Lohnfortzahlung im Krankheitsfall gibt es nicht. Auch in den Integrationskursen für Migrantinnen und Migranten bleibt vielen Lehrkräften nach Abzug der Sozialabgaben von den Honoraren nur ein Einkommen, das knapp über dem Hartz-IV-Niveau liegt.

Die Situation für die Lehrkräfte an den Musikschulen verschlechtert sich ebenfalls zusehends. Berlin ist das einzige Bundesland, das hier vor allem Honorarkräfte beschäftigt. Der Anteil der Selbstständigen beträgt 95 Prozent. Die Honorarzahlungen liegen weit unter vergleichbaren Tariflöhnen. Mit der Umstellung von Pauschalhonoraren auf stundenweise Einzelabrechnung werden ihre Einkommen nochmals deutlich gekürzt, zugleich tragen sie alle Risiken. Wenn zum Beispiel ein Schüler erkrankt oder kurzfristig absagt, bekommen die Musiklehrerinnen und Musiklehrer für die ausgefallene Stunde kein Honorar. Während der Schulferien sollen sie überhaupt kein Geld mehr erhalten.

DIE LINKE fordert gute Arbeitsbedingungen auch für die Lehrkräfte an den Volkshochschulen und Musikschulen und unterstützt all jene, die für eine Erhöhung der Honorarsätze kämpfen. Lehrkräfte, die dauerhaft tätig sind, sollen festangestellt werden, mindestens aber müssen die Honorarverträge so überarbeitet werden, dass sie ein angemessenes Einkommen sichern, auch bei Stundenausfall und während der Schulferien.

ARBEITSLOSIGKEIT UND JOBCENTER: unterstützen statt sanktionieren und schikanieren

In Berlin ist die offizielle Arbeitslosigkeit in den vergangenen Jahren gesunken, und Friedrichshain-Kreuzberg hat inzwischen berlinweit die rote Laterne abgegeben. Doch noch immer waren im Bezirk Ende 2015 rund 17 000 Menschen arbeitslos gemeldet. Die offizielle Arbeitslosenquote liegt weiter über dem Berliner Durchschnitt und ist fast doppelt so hoch wie auf Bundesebene. Viele Betroffene sind bereits seit langem erwerbslos und haben es besonders schwer, eine Beschäftigung zu finden.

Insgesamt leben in Friedrichshain-Kreuzberg über 50 000 Menschen von Hartz IV, davon waren 12 500 unter 15 Jahre. Etwa 40 Prozent aller Kinder unter 15 Jahren wohnen in unserem Bezirk in Familien, deren Einkommen ohne staatliche Hilfe nicht zum Leben reicht. Am Wassertorplatz, am Moritzplatz und am Mehringplatz sind es sogar rund 80 Prozent der Kinder.

Langzeiterwerbslose haben besonders darunter zu leiden, dass die Bundesregierung die Arbeitsförderung immer weiter heruntergefahren hat. Im Ergebnis reichen die Angebote für Arbeitsmarktmaßnahmen nicht mehr aus, die Chancen auf sinnvolle Qualifizierung und Übergang in existenzsichernde Arbeit werden immer geringer.

Noch immer ist die Bundesregierung nicht bereit, Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren. Sie setzt lieber auf kurzfristige Beschäftigungsmaßnahmen. DIE LINKE setzt sich stattdessen weiter für öffentlich geförderte und sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsmaßnahmen zu tariflichen Bedingungen ein. Diese sollen zusätzliche und sinnvolle Tätigkeiten auf freiwilliger Basis ohne Androhung von Sanktionen ermöglichen.

In Berlin sollen über ein Landesprogramm Arbeitsplätze geschaffen werden, die der Stärkung des sozialen Zusammenhalts dienen. Für Langzeiterwerbslose können so neue berufliche Perspektiven eröffnet werden. Dazu sind diese Arbeitsplätze mit Qualifizierungsmaßnahmen zu verknüpfen, um die Chancen auf dem regulären Arbeitsmarkt zu verbessern.

DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass in den Jobcentern die Organisation der Grundsicherung und die Beratung und Unterstützung zur Integration in Arbeit frei von Sanktionsdrohungen und Spardruck stattfinden. Gegenwärtig ist das Jobcenter viel zu oft eine Bedrohung für Erwerbslose anstatt eine Hilfe. Individuelle Beratung und Angebote für die unterschiedlichen Gruppen von Erwerbslosen sucht man oft vergebens. Fehlte es bisher vielfach an Personal, muss es zukünftig vor allem um die Erhöhung der Beratungsqualität gehen. Dazu gehört, die interkulturelle Kompetenz zu stärken, damit das Jobcenter auf die Vielfalt der Stadtgesellschaft vorbereitet ist. Selbstverständlich braucht es dafür ausreichend Sprachmittlerinnen und Sprachmittler.

Eine besondere Herausforderung ist die Integration der Geflüchteten, die möglichst schnell in existenzsichernde Arbeit vermittelt werden müssen. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass Jobcenter und Agentur für Arbeit diese Aufgabe zügig angehen. Dabei ist sehr genau darauf zu achten, dass Geflüchtete zum gleichen Lohn und zu gleichen Arbeitsbedingungen wie andere Arbeitnehmerinnen und Arbeitsnehmer beschäftigt werden und nicht von Arbeitgebern für deren Lohndumping-Strategien missbraucht werden.

Im Bezirk kann auf kommunale Leistungen Einfluss genommen werden. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass Leistungen, wie zum

Beispiel Schuldner- und Suchtberatung oder auch Kinderbetreuung, in ausreichendem Umfang angeboten werden, um eine Integration in Erwerbsarbeit zu ermöglichen.

Auf Landesebene müssen die Ausführungsvorschriften für die Kosten der Unterkunft für Hartz-IV-Beziehende – die so genannte AV Wohnen – so ausgestaltet werden, dass davon tatsächlich die Miete gezahlt werden kann. Zwangsumzüge lehnen wir ab.

Dank des Einsatzes der LINKEN konnte im Jobcenter Friedrichshain-Kreuzberg berlinweit die erste Ombudsstelle für ratsuchende Hartz-IV-Beziehende eingerichtet werden. Diese Stelle wollen wir beibehalten. Die Aufgabe dieser Schlichterstelle ist die niedrigschwellige Beratung mit Empathie und Sachverstand, wodurch oftmals unkompliziert zwischen Hilfesuchenden und Jobcenter vermittelt werden kann, ohne dass eine juristische Auseinandersetzung notwendig wird. Weitere Bezirke haben bereits angekündigt, dem Beispiel von Friedrichshain-Kreuzberg folgen zu wollen.

Die Agentur für Arbeit und das Jobcenter in Friedrichshain-Kreuzberg sind auch bei der Bekämpfung von unsicherer und schlecht bezahlter Arbeit in die Pflicht zu nehmen. Insbesondere bei der Vermittlung von Arbeitsstellen an Langzeiterwerbslose wird in den Berliner Jobcentern und entgegen der gesetzlichen Vorgaben nicht einmal sichergestellt, dass die angebotenen Arbeitsstellen keine sittenwidrige Entlohnung vorsehen. Bei vielen Stellenangeboten, die Berliner Jobcenter an Erwerbslose weitergeben, werden überhaupt keine Angaben zur Höhe des Lohnes verlangt. Dort, wo nachträglich festgestellt wird, dass die Zahlung von Aufstocker-Leistungen erst durch sittenwidrige Entlohnung notwendig wurde, müsste zwingend die Erstattung der Leistungen vom jeweiligen Arbeitgeber durch das Jobcenter eingeklagt werden. Aber weil keine systematische Überprüfung stattfindet, gibt es nur wenige Fälle, in denen Arbeitgeber tatsächlich von den Jobcentern verklagt wurden.

Wir wollen das Jobcenter Friedrichshain-Kreuzberg darauf verpflichten, die entsprechenden Daten künftig systematisch zu erfassen und sicherzustellen, dass bei der Arbeitsvermittlung eine Vermittlung in sittenwidrige Löhne tatsächlich ausgeschlossen ist. Bei Hinweisen auf Verstöße sind bereits gezahlte Aufstocker-Leistungen umgehend bei den Arbeitgebern einzuklagen.

AUSBILDUNG: gut ausbilden, erfolgreichen Berufsstart ermöglichen

Nur jeder achte Berliner Betrieb bildet noch aus, das Land ist im Vergleich der Bundesländer Schlusslicht. Alljährlich finden in Berlin tausende junge Menschen keinen Ausbildungsplatz. Über 10 000 Jugendliche befanden sich letzten Erhebungen zufolge in sogenannten Warteschleifen oder zählten zu den »unversorgten« Bewerberinnen und Bewerbern aus den Vorjahren. Auch für Friedrichshain-Kreuzberg stellen fehlende Ausbildungsplätze ein großes Problem dar. Nun kommen noch die jugendlichen Geflüchteten hinzu, die qualifiziert und in den Arbeitsmarkt integriert werden müssen.

Die fehlenden Ausbildungsplätzte sind eine Ursache für die hohe Jugendarbeitslosigkeit in Berlin. Ende 2015 war fast jeder Zehnte Jugendliche erwerbslos. Das sind doppelt so viele wie im bundesweiten Durchschnitt und ist die höchste Quote aller Bundesländer. Auch in unserem Bezirk ist die hohe Jugendarbeitslosigkeit weiterhin ein großes Problem. Ende vergangenen Jahres stieg die Jugendarbeitslosigkeit entgegen dem Berliner Trend in Friedrichshain-Kreuzberg sogar wieder leicht an.

DIE LINKE macht sich dafür stark, dass alle jungen Menschen in Friedrichshain-Kreuzberg, die dies wollen, nach der Schule eine betriebliche Berufsausbildung starten können. Ein Schulabschluss und eine Berufsausbildung sind zentrale Voraussetzung für einen erfolgreichen Start ins Berufsleben. Jungen Menschen muss der Zugang zu einer ihren Interessen und Begabungen entsprechenden Ausbildung garantiert werden. Eine gute Ausbildung ist entscheidend für die persönliche und berufliche Entwicklung.

Dazu gehört, Jugendlichen und jungen Erwachsenen beim Übergang von der Schule in den Beruf die notwendige Beratung und Unterstützung zu bieten. DIE LINKE wird auf bezirklicher Ebene weiter Projekte unterstützen, die dazu beitragen, dass in allen Schulen junge Menschen frühzeitig bei der Berufswahl beraten werden.

DIE LINKE fordert, dass die neue Jugendberufsagentur im Bezirk dauerhaft darauf ausgerichtet wird, für junge Menschen passgenaue Hilfen zu bieten, damit diese dort nicht gegängelt, sondern entsprechend ihren Vorstellungen den mintunter schwierigen Übergang Schule-Ausbildung-Beruf erfolgreich meistern können. Diese Orientierung an den Erfordernissen der Jugendlichen und jungen Erwachsenen hat für uns Vorrang vor einer abstrakten Zielstellung »Sicherung des Fachkräftenachwuchses«. Leider geht der Berliner Senat dieses ehrgeizige Ziel bisher nur unzureichend an. Dabei müsste gelten: Wenn schon Jugendberufsagentur, dann richtig: Es braucht Beratungs-

und Unterstützungsstrukturen, die junge Menschen mit all ihren Potenzialen und Fähigkeiten im Blick haben und nicht nur auf deren Vermittelbarkeit auf den Arbeitsmarkt ausgerichtet sind. Die Betreuung in der Jugendberufsagentur muss zudem auf dem Prinzip der Freiwilligkeit basieren und wirksame, praktische Hilfe anbieten – zum Beispiel auch bei der Suche nach Wohnraum, medizinischer Behandlung oder einem Kitaplatz.

Um allen jungen Menschen eine Berufsausbildung anzubieten, braucht es aber vor allem deutlich mehr betriebliche Ausbildungsplätze und gute Ausbildungsbedingungen.

DIE LINKE unterstützt das Engagement von Unternehmen, die Ausbildungsplätze anbieten und sich im Bezirk als Partner der Schulen und der Jugendberufsagentur bei der Berufsorientierung einbringen. Dazu zählt zum Beispiel das Projekt »Ausbildungsmarketing vom Friedrichshain-Kreuzberger Unternehmerverein – jobentdecker Friedrichshain-Kreuzberg«, das sich als praxisnahes Angebot für frühzeitige Berufsorientierung erwiesen hat.

DIE LINKE setzt sich für eine solidarische Finanzierung der Ausbildung ein, zu der alle Unternehmen beitragen. Wer nicht ausbildet, muss in einen Fonds einzahlen. Betriebe, die über Bedarf ausbilden, sollen aus diesen Mitteln künftig finanziell unterstützt werden. Solange es keine bundesweite Ausbildungsumlage gibt, ist dazu eine gesetzliche Landesausbildungsplatzumlage für Berlin zu schaffen.

Wir bestehen darauf, dass die Ausbildungsquote in der Bezirksverwaltung weiter erhöht wird. Die Ausbildung im Bezirksamt muss ausgeweitet und die Auszubildenden müssen nach ihrer Ausbildung unbefristet übernommen werden.

Der Ausbildungsreport der DGB-Jugend weist auf die teilweise miserablen Ausbildungsbedingungen hin. So muss fast jede/jeder dritte Auszubildende ausbildungsfremde Tätigkeiten ausführen. Jede/jeder vierte Auszubildende hat keinen Ausbildungsplan und muss Überstunden ableisten. DIE LINKE legt besonderes Augenmerk auf die Verbesserung der Ausbildungsqualität. Auszubildende dürfen nicht als billige Arbeitskräfte missbraucht werden, sondern haben ein Recht auf gute fachliche Anleitung und Begleitung im Betrieb.

Auch der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg muss sich im Rahmen der bezirklichen Wirtschaftsförderung, zum Beispiel im Projekt »Ausbildungsmarketing von Friedrichshain-Kreuzberger Unternehmen – jobentdecker Friedrichshain-Kreuzberg«, und im Rahmen des bezirklichen Bündnisses für Wirtschaft und Arbeit verstärkt für eine Verbesserung der Ausbildungsqualität einsetzen. Jugendliche mit Migrationshintergrund dürfen bei der Ausbildungsplatzsuche nicht benachteiligt werden. Zudem müssen junge Menschen über ihre Rechte als Auszubildende informiert werden.

Kleine und mittlere Unternehmen sind bei der Bildung von Ausbildungsverbünden zu unterstützen und über diese Unterstützungsangebote zu informieren.

Konkrete Hinweise auf schlechte Ausbildungsbedingungen und entsprechende Rechtsverstöße, wie sie insbesondere aus Hotelgewerbe und anderen Dienstleistungsbranchen immer wieder berichtet werden, sind aufzunehmen und die zuständigen Stellen, wie die Kammern, das Landesamt für Arbeitsschutz, Gesundheitsschutz und technische Sicherheit und die Gewerkschaften über die Missstände zu informieren.

BÜRGERÄMTER: mehr Personal, kürzere Wartezeiten

Berlinweit beträgt die Wartezeit auf einen Termin beim Bürgeramt derzeit oft acht Wochen. Und das auch nur, weil man mehr als acht Wochen im Voraus gar keinen Termin buchen kann. Die Ursachen dafür liegen auf der Hand: Das Land Berlin hat in den vergangenen zehn Jahren nahezu 17 000 Stellen in der Verwaltung abgebaut. Zudem sind die Finanzmittel für die Bezirke nicht ausreichend erhöht worden. Die Ergebnisse dieser falschen Politik sind für alle spürbar, die auf einen Termin für eine Wohnungsummeldung, einen neuen Ausweis oder amtliche Bescheide warten müssen.

Im Ergebnis ist Berlin zur Hauptstadt des Verwaltungsversagens geworden. Das liegt nicht an den Beschäftigten im öffentlichen Dienst, sondern an der Politik des Berliner Senats. Es besteht ein unlösbarer Wiederspruch zwischen den Einsparvorgaben der Landesebene und den gestiegenen Anforderungen an die bezirkliche Verwaltung – sowohl durch den Bevölkerungszuwachs als auch durch die damit einhergehenden gestiegenen Aufgaben.

DIE LINKE hat die Entscheidung des Bezirksamtes abgelehnt, die Vereinbarung zum Personalkahlschlag mit dem Senat zu unterzeichnen. Die Entscheidung des Bezirksamtes, den vom Senat vorgegebenen Stellenabbau ohne ein eigenes Personalkonzept umzusetzen und auf die normale Fluktuation durch Kündigung, Altersruhezeit oder Versetzung zu bauen, hat zu einem eklatanten, aber absehbaren Effekt geführt: Seit 2012 hat das Bürgeramt etwa zehn Vollzeitstellen verloren. Durch den rapiden Personalabbau fand kaum Wissenstransfer statt. Ältere Beschäftigte waren nicht mehr in der Lage, ihre Erfahrung an jüngere Nachwuchskräfte weiterzugeben. Der Krankheitsstand liegt durch Überlastung bei nahezu 30 Prozent. Es ist wenig tröstlich, dass sich der Effekt nicht nur auf unseren Bezirk beschränkt, sondern in der ganzen Stadt Chaos herrscht.

DIE LINKE fordert für die Zukunft einen konsequenten Ausbau des Gesundheitsmanagements für die Beschäftigten, berlinweit kurzfristig mindestens 80 neue Stellen für die Bürgerämter, die Standarisierung der Verwaltungsabläufe, eine zeitgemäße Ausstattung aller Verwaltungsbereiche mit moderner Technik und ein bezirkliches Konzept für eine mittel- und langfristige Personalplanung, die dem wachsenden Bedarf kontinuierlich angepasst wird.

BÜRGERBETEILIGUNG: stärken und ernstnehmen

Volksbegehren, Volksentscheide, Einwohneranfragen: direkte Demokratie gehört inzwischen fast schon zum Alltag Berlins. Auf Druck der LINKEN wurden diese Instrumente erst vor einigen Jahren eingeführt. Die Debatten um den Bürgerentscheid »Spreeufer für alle!« oder auch der Volksentscheid über die Zukunft des Tempelhofer Feldes haben Berlin gut getan. Die Initiativen engagierter Bürgerinnen und Bürger haben diese Stadt positiv verändert, zuletzt die Initiative für einen Mietenvolksentscheid zur Neuausrichtung der Wohnungs- und Mietenpolitik in Berlin, die DIE LINKE von Beginn an unterstützt hat.

Für uns ist klar, dass wir die Möglichkeiten der direkten Demokratie ausweiten wollen. Wir streiten weiterhin für ein Wahlrecht, dass mehr Menschen die Möglichkeit gibt, über die Politik in Berlin und Friedrichshain-Kreuzberg mitzubestimmen. Sowohl Jugendliche ab 16 Jahren als auch EU- und Nicht-EU-Bürger, die hier dauerhaft leben, sollen auf allen Ebenen wählen dürfen und gewählt werden können.

Aber die Mitbestimmung geht nach unseren Vorstellungen über Wahlen und Volksentscheide hinaus. Uns geht es um dauerhafte Einbeziehung: Die Seniorenvertretung, der Migrationsbeirat, der Schulbeirat, der Beirat für Menschen mit Behinderung und viele andere Engagierte müssen verbindlich in die Arbeit der Bezirkspolitik eingebunden werden.

Insbesondere im Bereich der Stadtentwicklungspolitik gibt es bereits gesetzlich vorgeschriebene Beteiligungsverfahren. Diese finden jedoch meist erst dann statt, wenn schon alles entschieden ist. Die Einwände, die dann von Bürgerinnen und Bürgern vorgebracht werden, gelten nur noch als »unnötige Kritik« und behindern die wohlfeilen Planungen von Investoren und Ämtern. Wir fordern daher, dass die betroffenen Anwohnerinnen und Anwohner zwingend rechtzeitig informiert und ihre Meinungen beachtet werden müssen, wenn ein Bebauungsplan aufgestellt oder verändert wird.

DIE LINKE fordert zudem eine Ausweitung der Beteiligungsverfahren, gerade im Vorfeld der gesetzlich vorgeschriebenen Beteiligung im laufenden Bebauungsplanverfahren. Und wir kämpfen gegen die

Anwendung des § 34 des Baugesetzbuches, nach dem in bestimmten Gebieten gar keine Beteiligung der Bevölkerung stattfindet. Wo immer es möglich ist, muss die Öffentlichkeit einbezogen werden.

Gleiches gilt für den Neu- oder Umbau von Straßen, Plätzen und Grünflächen. In den letzten Jahren wurden diese Beteiligungsverfahren mehr und mehr zu Alibi-Veranstaltungen, bei denen sich der Baustadtrat der Grünen seine wenig grünen Ideen absegnen lassen wollte. Beim Freudenberg-Areal oder auch bei den WBM-Bauvorhaben in Friedrichshain haben sich die Anwohnerinnen und Anwohner ihre Kritik nicht wegmoderieren lassen. Oftmals saßen sie trotzdem am kürzeren Hebel, weil das Bezirksamt sich im Zweifel nicht mit dem Senat und den Investoren anlegen wollte. Wir wollen im Bezirksamt dafür sorgen, dass Bezirkspolitik und Anwohnerinnen und Anwohner wieder gemeinsam an einem Strang für Baumpflanzungen, gute Spielplätze, leise Straßen und eine verträgliche Bebauung kämpfen.

Voraussetzung für eine ernsthafte Bürgerbeteiligung sind starke und handlungsfähige Bezirke, deren Entscheidungen anders als bisher nicht einfach durch Senatsentscheidungen ausgehebelt werden können.

DROGENPOLITIK: aufklären und helfen statt kriminalisieren

Eine moderne Drogenpolitik orientiert sich an Gesundheits-, Jugend-, und Verbraucherschutz anstatt Strafverfolgung in den Mittelpunkt zu stellen. DIE LINKE streitet seit Jahren für mehr Präventions-, Aufklärungs- und Beratungsangebote. Wir kämpfen für eine verantwortungsvolle Drogenpolitik, die Drogengebrauch akzeptiert und

versucht, dessen gesundheitlichen Risiken zu reduzieren. Die Angebote zur Suchtprävention wollen wir verstetigen und ausbauen.

DIE LINKE fordert, Sucht- und Drogenhilfeeinrichtungen stärker zu fördern und finanziell besser auszustatten. Träger und Einrichtungen der Drogen- und Suchthilfe, wie integrierte Wohnungsstätten für Menschen mit Suchterkrankungen und auch Drogenkonsumräume, dürfen nicht an den Stadtrand verdrängt werden. Sie gehören zur sozialen Infrastruktur. Wir wollen insbesondere Projekte der Drogenhilfe unterstützen, die Teilhabe an der Gesellschaft und selbstbestimmtes Leben der Betroffenen in den Mittelpunkt stellen. Psychosoziale Betreuungsangebote für Schwerstabhängige müssen ausgebaut und die Niederlassung von Diamorphin-Behandlungszentren soll vorangetrieben werden. Für ältere Suchtkranke braucht es spezielle Angebote und Programme.

Der Drogenhandel an öffentlichen Plätzen wie dem Görlitzer Park oder dem RAW-Gelände hat massiv zugenommen. Auch die Null-Toleranz-Sonderregelung des Senats, nach der Cannabis-Besitz für den Eigenbedarf – anders als im Rest der Stadt – im Görlitzer Park nicht mehr toleriert, sondern bestraft wird, konnte dem nicht entgegenwirken. Stattdessen werden Konsumierende stärker verfolgt und wird infolge dessen der Drogenhandel in die umliegenden Straßen verlagert.

Wir fordern die unverzügliche Aufhebung der Null-Toleranz-Zonen-Regelung rund um den Görlitzer Park. Die Anstrengungen um die Einrichtung von Cannabis-Abgabestellen im Rahmen eines Modellprojektes im Bezirk hat die Debatte um eine regulierte Abgabe von Cannabis vorangetrieben. Das ist zu begrüßen. Die Chancen für die Realisierung dieses Modellprojekts waren jedoch angesichts eines CDU-geführten Bundesgesundheitsministeriums von Anfang an gering. Und wir wissen, dass ein oder zwei Cannabis-Abgabestellen im Bezirk die Situation nicht entspannen können. Gut gemeint, ist nicht immer gut gemacht. Wir wollen nicht ein oder zwei kontrollierte Abgabestellen im Bezirk, sondern hunderte im ganzen Land. DIE LINKE fordert eine regulierte Abgabe von Cannabis bundesweit. Dies muss in erster Linie über eine Reform des Betäubungsmittelgesetzes auf Bundesebene erfolgen.

Zugleich bleiben Nikotin und Alkohol die am meisten konsumierten Drogen. DIE LINKE fordert daher auch ein Werbeverbot für Alkohol und Zigaretten und die Einhaltung der Jugendschutzregelung beim Verkauf von Alkohol.

FLUCHT UND ASYL: in der Not helfen, schnelle Integration ermöglichen

Nach Angaben der Berliner Sozialverwaltung sind im Jahr 2015 knapp 80 000 Geflüchtete nach Berlin gekommen. Für eine Stadt mit 3,5 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern ist das zwar eine Herausforderung, aber machbar – wenn alle verantwortlichen Akteure koordiniert zusammenarbeiteten.

Menschen, die Schutz vor Krieg, Terror, Armut und Verfolgung suchen, müssen in die Lage versetzt werden, sich so bald wie möglich ein eigenständiges Leben aufzubauen. Ihre Kompetenzen und mitgebrachten Qualifikationen müssen anerkannt und alle Möglichkeiten einer schnellen Aufenthaltsgewährung ausgeschöpft werden.

Am Anfang steht dabei die menschenwürdige Unterbringung der Geflüchteten. DIE LINKE fordert einheitliche Qualitätsstandards für Flüchtlingsunterkünfte und deren regelmäßige Kontrolle. Darüber hinaus sollten selbstorganisierte Bewohnervertretung in den Flüchtlingsunterkünften eingerichtet werden, die an der Kontrolle der Qualitätsstandards für Flüchtlingsunterkünfte mitwirken.

DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass auf die verpflichtende Einweisung in Notunterkünfte verzichtet wird, wenn Geflüchtete stattdessen bei Familienangehörigen oder Bekannten unterkommen können. Wir wollen, dass Ferienwohnungen künftig als Wohnungen zum ortsüblichen Mietpreis für Geflüchtete und andere Menschen in Wohnungsnot zu Verfügung stehen. Wir fordern, dass mit Betreiberinnen und Betreibern von Hotels, Hostels und Appartementhäusern sowie dem Verband des Hotel- und Gaststättengewerbes über die Bereitstellung von Kontingenten verhandelt wird.

DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass Not- und Massenunterkünfte schnellstmöglich überflüssig werden. Stattdessen sollen leerstehende Immobilien geeignet umgebaut werden. Wir wollen keine Ausgrenzung, stattdessen integrative Wohnprojekte. DIE LINKE arbeitet darauf hin, dass die Zielvereinbarungen zwischen Senat und städtischen Wohnungsunternehmen ein jährlich anzupassendes Kontingent an Wohnraum für Geflüchtete festschreiben. Dafür brauchen die Wohnungsunternehmen einen finanziellen Ausgleich.

Ferner sollen alle bürokratischen Schritte bei der Wohnraumvergabe auf den Prüfstand gestellt werden. Der Zugang zu Wohnraum soll deutlich erleichtert und beschleunigt werden – beispielsweise durch regelmäßige Mietübernahmebescheinigungen oder die Übernahme von Kautionen durch das Landesamt für Gesundheit und Soziales (LAGeSo) oder das Sozialamt. Grundsätzlich sollen auch alle asylsuchenden und geduldeten Geflüchtete Anspruch auf einen

Wohnberechtigungsschein (WBS) und Zugang zu Sozialwohnungen haben. Dafür sollen auch die Bezirke ein aktives Belegungsmanagement betreiben. Darüber hinaus sollte die Herrichtung von Wohnraum durch Geflüchtete in Selbsthilfe gefördert werden.

Auch wenn die Unterbringung von Geflüchteten derzeit im Mittelpunkt der Diskussion steht: Eine verantwortliche Flüchtlingspolitik hat weitaus mehr Baustellen zu bearbeiten. Es geht um Bildung für Kinder, Zugänge zum Arbeitsmarkt und um Gesundheitsschutz, um die Durchsetzung von Rechten und um die Bekämpfung von Diskriminierung und Ressentiments.

Eine Chance liegt in der Zusammenarbeit mit den vielen zivilgesellschaftlichen Organisationen, die Geflüchtete ehrenamtlich unterstützen. Neben Wohlfahrtsverbänden, Kirchen und traditionellen Flüchtlingsorganisationen sind neue Nachbarschaftsinitiativen entstanden, in denen sich Bürgerinnen und Bürger engagieren. Diese Initiativen leisten einen wichtigen Beitrag für eine friedliche »Willkommenskultur« in Berlin und in unserem Bezirk.

DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass die Initiativen in die Planungen der Senats- und der Bezirksverwaltungen einbezogen und angemessen finanziell und logistisch unterstützt werden. Darüber hinaus muss man sie von Haftungsrisiken befreien.

Ohne die ehrenamtliche Arbeit dieser Initiativen wäre die Flüchtlingsversorgung in Berlin längst völlig zusammengebrochen. Das darf kein Dauerzustand werden. Staatliche Pflichtaufgaben müssen auch von staatlichen Stellen erledigt werden. Es ist die Aufgabe des Senats dafür Sorge zu tragen.

Besonders schwierig ist die Situation für geflüchtete Kinder. Die Unterbringung in Sammelunterkünften isoliert und behindert Integration und Teilhabe. Flüchtlingskinder sollen die gleiche Unterstützung und die gleichen Chancen bekommen wie andere Berliner Kinder. Dazu gehört vor allem, ihren Zugang zu Kindertagesstätten und Schulen von Anfang an sicherzustellen.

Eltern müssen informiert und beraten werden, auch mehrsprachig. Wir fordern die Übernahme des Hamburger Modells, wonach Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Jugendamtes vor Ort regelmäßig Beratungssprechstunden in den Sammelunterkünften in verschiedenen Sprachen anbieten. Das soll die Information und Beratung über die Beantragung eines Kita-Platzes, Beschwerdemöglichkeiten und über finanzielle Hilfen für Familien mit geringem Einkommen wie das Bildungs- und Teilhabepaket einschließen.

Angesichts der aktuellen Situation einer erheblich wachsenden Zahl von Geflüchteten, in der mehr und größere Sammelunterkünfte bis hin zu Containerdörfern eingerichtet werden bzw. eingerichtet werden sollen, ist zu befürchten, dass der bisherige Grundsatz, Flüchtlingskinder schnell in das Regelschulsystem aufzunehmen, ausgehöhlt und aufgegeben wird. Mit einer Beschulung in den Unterkünften würde Ausgrenzung zur Regel werden. Das muss verhindert werden.

DIE LINKE setzt sich dafür ein, den Grundsatz »Regelbeschulung von Anfang an« so umzusetzen, dass ausreichend »Willkommensklassen« an den Schulstandorten eingerichtet werden. Die Kinder und Jugendlichen, die keine Deutschkenntnisse haben, sollen dort grundlegende sprachliche Kenntnisse erwerben, und hier soll auch ihr individueller Förderbedarf ermittelt werden. Zielstellung muss sein, dass sie so schnell wie möglich am Regelunterricht teilnehmen können.

Integration bedeutet auch, Menschen Arbeit zu verschaffen. Bei der Bezirksverwaltung muss eine zentrale Stelle geschaffen werden, die Maßnahmen der Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik zur Integration der Geflüchteten in den Arbeitsmarkt koordiniert.

In unserem Bezirk mussten wir in den vergangen Jahren leider auch das Versagen der Politik im Umgang mit den Geflüchteten vom Oranienplatz und der ehemaligen Gerhart-Hauptmann-Schule erleben. Die einseitige Aufkündigung des sogenannten Oranienplatz-Abkommens durch den SPD-CDU-Senat, in dem unter anderem eine wohlwollende Prüfung der Asylanträge und eine mehrmonatige Duldung für alle Flüchtlingsgruppen vom Oranienplatz garantiert wurde, hat unter den Geflüchteten zu einem massiven Vertrauensverlust in die Institutionen unserer Stadt geführt. Das gilt auch für die Räumung der ehemaligen Gerhart-Hauptmann-Schule im Auftrag des grünen Baustadtrates.

DIE LINKE setzt sich weiter für die Einrichtung eines Internationen Flüchtlingszentrums auf dem Gelände der ehemaligen Gerhart-Hauptmann-Schule ein. Den im Gebäude verbliebenen Geflüchteten sollen dort Räumlichkeiten für selbstverwaltete Projekte zur Verfügung gestellt werden.

FRAUEN UND GLEICHSTELLUNG: Diskriminierung von Frauen umfassend beseitigen

Nach wie vor verdienen Frauen weniger als Männer: Im Durchschnitt liegen ihre Gehälter um 22 Prozent unter denen ihrer männlichen Kollegen. In den Vorständen der 100 größten deutschen Unternehmen sind Frauen nur zu einem Prozent vertreten. Im Niedriglohnsektor dagegen arbeiten zu fast zwei Dritteln Frauen. Niedrige Löhne, Familienzeiten und Teilzeitbeschäftigung führen dazu, dass sich die soziale Schere zwischen Männern und Frauen mit zunehmendem Alter weiter öffnet: Die Alterseinkünfte von Frauen sind nicht einmal halb so hoch wie die von Männern.

DIE LINKE streitet für eine gleiche Teilhabe von Frauen und Männern am gesellschaftlichen Leben sowie auf dem Arbeitsmarkt. Für uns ist der Schlüssel zur Geschlechtergerechtigkeit die eigenständige Existenzsicherung aller Frauen in allen Lebensphasen und unabhängig von ihrem sozialen Stand.

Wir wollen tradierte Bilder der unterschiedlichen sozialen Rollen von Männern und Frauen aufbrechen. Hierzu gehören Beratungs- und Unterstützungsangebote, die Frauen zu einer gut entlohnten und sozialversicherten Beschäftigung verhelfen, sowie eine Berufsberatung, die Mädchen und Frauen auch zum Erlernen vermeintlicher Männerberufe ermutigt. Wir wollen sogenannte Frauenberufe aufwerten: Erzieherinnen und Erzieher erledigen genauso wie Krankenpflegerinnen und -pfleger eine anspruchsvolle Arbeit. Sie haben mehr gesellschaftliche Anerkennung und ein besseres Gehalt verdient. Um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu verbessern, muss außerdem das Angebot von Kindertageseinrichtungen und Ganztagsschulen weiter ausgebaut werden.

Gleichzeitig gilt unser Wirken weiterhin dem Schutz vor Diskriminierung und Gewalt. 2014 gab es in Friedrichshain-Kreuzberg fast 1000 angezeigte Fälle häuslicher Gewalt. Wir müssen davon ausgehen, dass die wahre Zahl deutlich höher liegt, denn viele Opfer von Gewalt innerhalb der Familie oder des Bekanntenkreises trauen sich nicht, den Übergriff polizeilich anzuzeigen. Aufklärung und Beratung unter anderem in Schulen sowie Zufluchtsorte wie Frauenhäuser müssen daher erhalten und gestärkt werden.

Öffentliche Räume sollen den Bedürfnissen von Frauen und Männern gleichermaßen gerecht werden. Hierzu gehört auch, die häufig von Frauen geäußerte Unsicherheit auf dunklen Plätzen und Straßen sowie in Parkanlagen ernst zu nehmen und eine bessere Beleuchtung und Einsehbarkeit öffentlicher Räume zu gewährleisten.

Die vielfältigen Frauen- und Migrantinnenprojekte in Friedrichshain-Kreuzberg verdienen die Unterstützung durch den Bezirk. Wir treten dafür ein, dass sie durch möglichst langfristige Verträge Planungssicherheit bekommen.

Wir wollen, dass kulturelle und Freizeitangebote im Bezirk Männer und Frauen gleichermaßen ansprechen. Gemeinsam mit den Sportvereinen wollen wir den Frauen- und Mädchensport im Bezirk weiter ausbauen.

FREIES INTERNET: WLAN-Zugang für alle schaffen

Das Internet ist zu einem elementaren Bestandteil des individuellen und gemeinschaftlichen Lebens geworden. Es bestimmt immer mehr unseren Alltag, ist Teil des Unterrichts, prägt die Arbeitswelt, unser Einkaufs- und Freizeitverhalten. Diese Entwicklung verlief weit rasanter als die Schaffung und Anpassung von entsprechenden Regeln für Produktion, Nutzung und Weiterverbreitung von Inhalten im Internet.

Für uns gehört der Zugang zum Internet zur öffentlichen Daseinsvorsorge wie der Zugang zu Wasser und Strom. Leider stehen wir damit ziemlich alleine da. Trotzdem wollen wir auch auf der bezirklichen Ebene alle Möglichkeiten ausschöpfen um Menschen den Zugang zum Internet kostenfrei und rechtssicher überall zu ermöglichen. Die Bemühungen des Landes sind in diesem Bereich immer noch sehr zurückhaltend. Zwar hat der Berliner Senat es nun endlich geschafft, einen Betreiber zu finden, der kostenfreies WLAN in der Innenstadt anbietet, allerdings ist dieses Angebot auf wenige Orte und zudem auf 30 Minuten beschränkt.

DIE LINKE lehnt die sogenannte Störerhaftung ab, bei der Anbieter von Internetzugängen für die rechtswidrige Nutzung des Zugangs durch Dritte haften. Wir wollen aber auch unter den bestehenden Rahmenbedingungen die Möglichkeiten nutzen, die dem Bezirk offen stehen. Auf dem Rathaus Kreuzberg wurde ein Freifunk-Knoten installiert, der Menschen im Rathaus und der unmittelbaren Umgebung freien und ungehinderten Zugang zum Internet bietet. Möglich wurde dies durch die private Freifunk-Initiative, in der Menschen ehrenamtlich freie Netze errichten. Diese Netze sollen als Bürgernetze fungieren, Nachbarschaften vernetzen und können ganz nebenbei noch den

Zugang zum Internet möglich machen. Wir unterstützen die Ausweitung solcher Freifunk-Netze und die Nutzung bezirklicher Immobilien zu diesem Zweck.

DIE LINKE will in allen öffentlichen Einrichtungen im Bezirk freies WLAN zur Verfügung stellen. Neben Schulen und Bibliotheken haben vor allem Flüchtlingsunterkünfte und Krankenhäuser für uns Priorität bei der Ausstattung mit freiem Internet. Wo möglich kann dies alternativ auch mit Hilfe der Freifunk-Initiative gemacht werden. Die bestehenden Projekte, die gemeinsam vom Bezirksamt, der Freifunk-Initiative und einigen Schulen begonnen wurden, sollen weiter betrieben und auf andere Schulen ausgedehnt werden.

GESUNDHEIT UND PFLEGE: gut versorgt bei Krankheit und im Alter

Noch immer gibt es in Deutschland eine Zweiklassen-Medizin, die zwischen gesetzlich und privat Versicherten unterscheidet. Und noch immer gibt es Menschen, die gar nicht versichert sind, weil sie es sich nicht leisten können oder es gar nicht dürfen. Insbesondere kleine Selbstständige, Asylbewerber und Obdachlose fallen aus unterschiedlichen Gründen aus dem System. Und diejenigen, die versichert sind, warten weiterhin zu lange auf Facharzttermine oder werden in unseren Krankenhäusern von völlig überlastetem Personal betreut.

Auch in Friedrichshain-Kreuzberg leben viele Menschen, die nicht krankenversichert sind: Geringverdienende Selbstständige, deren Einkommen für die Versicherung nicht reicht, illegalisierte und

andere Geflüchtete, aber auch Bürgerinnen und Bürger aus anderen EU-Staaten. Auch sie brauchen eine leistungsfähige Gesundheitsversorgung, die nicht durch ein aufopferungsvolles Ehrenamt ersetzt werden kann.

DIE LINKE ist davon überzeugt, dass wir eine Krankenversicherung brauchen, in die alle Menschen einzahlen und die allen Menschen zugutekommt: eine solidarische Bürgerversicherung. Solange es die nicht gibt, sind all diejenigen, die keine Krankenversicherung haben, auf spezielle staatliche Hilfe angewiesen, wie sie zum Beispiel der Öffentliche Gesundheitsdienste (ÖGD) des Bezirks bietet. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des ÖGD leisten unverzichtbare Arbeit für die Vorsorge und Gesundheitsförderung für Kinder und Jugendliche, Menschen mit Behinderungen und psychischen Erkrankungen und die gesundheitliche Betreuung sozial Benachteiligter. Auch hier wirkt sich der Personalabbau der letzten Jahre negativ aus. So können zum Beispiel inzwischen die gesetzlich vorgeschriebenen jährlichen Einschulungsuntersuchungen nicht mehr in vollem Umfang und mit der erforderlichen Qualität erfüllt werden.

Für DIE LINKE ist die auskömmliche Finanzierung und Personalausstattung des ÖGD im Bezirk von zentraler Bedeutung. Wir wollen, den ÖGD, wie den öffentlichen Dienst überhaupt, als Arbeitsplatz attraktiver machen, da es dort zurzeit bei den Ärztinnen und Ärzten sowie den Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern einen erheblicher Nachbesetzungsbedarf gibt. Dafür muss mehr Geld vom Land an den Bezirk fließen. Wir benötigen zudem Informationsmaterial und Sprechstunden in weiteren Sprachen sowie Dolmetscher.

Die schwierige Situation auf dem Wohnungs- und Immobilienmarkt erschwert es zunehmend auch den Wohlfahrtsverbänden geeignete und finanzierbare Wohnformen für Menschen in psychosozialer Betreuung zu finden. DIE LINKE unterstützt die Bemühungen des Bezirksamts, nicht genutzte bezirkliche Immobilien für diese Zwecke zur Verfügung zu stellen, wie es in der Blücherstraße bereits gelungen ist.

In den deutschen Krankenhäusern herrscht Mangel an Krankenpflegerinnen und Krankenpflegern. Das gilt auch für das Klinikum im Friedrichshain und das Urban-Krankenhaus in unserem Bezirk. DIE LINKE unterstützt die Beschäftigten und ihre Gewerkschaft in ihrem Kampf für mehr Personal. Nur so ist in den Krankenhäusern eine bessere Versorgung für alle möglich. Wir wollen, dass gesetzlich oder zumindest per Tarifvertrag festgeschrieben wird, dass es in den Krankenhäusern eine Mindestanzahl an Krankenpflegerinnen und Krankenpflegern pro Patientin und Patient gibt. Eine solche Regelung wurde an der Charité bereits durchgesetzt.

Wir werden uns darüber hinaus im Land und im Bezirk dafür einsetzen, dass die wohnortnahe Versorgung mit Haus- und Fachärzten ohne lange Wartezeiten wieder gesichert wird.

In einer älter werdenden Gesellschaft nimmt auch die Zahl der pflegebedürftigen Menschen zu. Bei der Organisation der Pflege steht DIE LINKE zum Grundsatz »ambulant vor stationär«: Pflegebedürftige sollen, wenn sie es wünschen, solange wie möglich zuhause betreut, gepflegt und versorgt werden können. Dafür müssen auch im Bezirk die entsprechenden Rahmenbedingungen weiter ausgebaut werden. Dazu gehört die Schaffung von bezahlbaren barrierefreien Wohnungen, der weitere Ausbau Berlins als barrierefreie Stadt und die Förderung neuer Wohnformen, wie zum Beispiel von Mehrgenerationshäusern. Aber auch Unterstützungsangebote, wie die ehrenamtlichen Besuchsdienste und die Pflegestützpunkte, müssen qualifiziert und bekannter gemacht werden.

Auch in der letzten Phase des Lebens ist die Würde des Menschen unantastbar. DIE LINKE will die Hospiz- und Palliativversorgung schwerstkranker und sterbender Menschen verbessern und ausbauen.

Die älter werdende Gesellschaft und der steigende Bedarf an Pflegefachkräften machen es dringend notwendig, mehr Menschen für Pflegeberufe zu gewinnen. Neben einer qualitativ guten Ausbildung muss endlich die Tarifbindung für alle Pflegekräfte und die Auszubildenden gesichert werden. Es geht immer um die Qualität der Pflege. Eine gute Dienstleistung erfordert die Wertschätzung der Beschäftigten. Daher gilt auch hier: guter Lohn für gute Arbeit.

JUGEND UND FAMILIE: Beteiligung von Jugendlichen ausbauen, familiäre Kompetenzen stärken

Die Kinder- und Jugendhilfe ist ein wesentlicher Eckpfeiler für einen familienfreundlichen Bezirk. Sie kann mit ihren vielfältigen Angeboten einen entscheidenden Beitrag für eine friedliche und auf demokratischem Fundament stehende Gesellschaft leisten. Doch Sparpolitik und Neoliberalisierung haben in den vergangenen zwei Jahrzehnten zu Verschlechterungen für Familien, Kinder und Jugendliche geführt. So ist zum Beispiel die Gewährung von Hilfen zur Erziehung immer weiter beschnitten worden und die Jugendsozialarbeit hinkt den Erfordernissen hinterher, sodass die Betroffenen zu kurz kommen und ihnen Rechtsansprüche vorenthalten werden. Die Öffnungszeiten vieler Jugendfreizeiteinrichtungen sind mit den Bedürfnissen der Jugendlichen nicht vereinbar. Aber auch die Jugendämter sind durch den Personalabbau an den Rand des Zusammenbruches getrieben worden, sei es in den Elterngeldstellen, den Kitagutscheinstellen oder dem Regionalen Sozialen Dienst. Es muss umgesteuert werden, damit Familien umfassende Unterstützung

erhalten und Kinder und Jugendliche Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner, Beratung und nichtkommerzielle Freizeitangebote finden.

DIE LINKE hält am Modell der sozialen Grundversorgung im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit und an deren Finanzierung fest. Wir setzen uns für den Erhalt der noch verbliebenen kommunalen und der weiteren in Kooperation mit dem Bezirk betriebenen Jugendeinrichtungen ein. Sie sind Teil der reichhaltigen soziokulturellen Infrastruktur, die unabhängig vom Einkommen allen offen steht. Das gilt auch für selbstverwaltete Projekte von Kindern und Jugendlichen, Projekte zur Förderung jugendlicher Migrantinnen und Migranten, zur Begegnung unterschiedlicher Kulturen, zur politischen Jugendbildung und zur Mädchenarbeit.

Für die kommenden Jahre ist im Zuge des zu erwartenden Bevölkerungswachstums ein besonders starker Anstieg der Zahl der unter 18-Jährigen zu erwarten. Deshalb wollen wir die Angebote für Kinder und Jugendliche über die Grundversorgung hinaus ausweiten und dem steigenden Bedarf anpassen. Wo neue Angebote entstehen, sollen kommunale Träger den Vorrang haben, damit der Bezirk wieder direkt Einfluss nehmen kann. An Brennpunkten wie dem Kottbusser Tor oder der Revaler Straße wollen wir die mobile Jugendarbeit und Straßensozialarbeit ausbauen. Dazu gehört eine ausreichende finanzielle und personelle Ausstattung.

DIE LINKE will, dass im Bezirk vorhandene und geeignete Formen der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen entsprechend ihrem Entwicklungsstand weiterhin angeboten und ausgebaut werden. Daher haben wir uns unter anderem für den Aufbau des Kinder- und Jugendbeteiligungsbüro (KJBb) eingesetzt. Das KJBb unterstützt Kinder und Jugendliche im Bezirk dabei, ihre Interessen gegenüber Politik und Verwaltung zu vertreten. Bei allen Entscheidungen, die sie betreffen, sollten Kinder und Jugendliche beteiligt und nicht vor fertige »erwachsene« Lösungen gestellt werden.

Hilfen zur Erziehung sollen in dem Umfang angeboten werden, wie er zur Förderung der individuellen und sozialen Entwicklung junger Menschen in besonderen Lebenssituationen notwendig ist, und nicht durch die Kassenlage des Landeshaushaltes bestimmt werden. Dabei soll besonders die Stärkung der elterlichen Erziehungskompetenz und -verantwortung im Mittelpunkt stehen. Die Angebote sollen Hilfe zur Selbsthilfe durch die Förderung der familiären und sozialen Kompetenzen sein.

Darüber hinaus haben wir uns stark für die Einführung des Jugendengagementpreises in Friedrichshain-Kreuzberg eingesetzt. Der Preis ist eine besondere Auszeichnung des Bezirks für Jugendliche und junge Erwachsene sowie Jugendgruppen, die sich in vorbildlicher Weise für ihre Mitmenschen einsetzen.

KITA: ausreichend Plätze für alle Kinder

Nach wie vor suchen viele Eltern in Friedrichshain-Kreuzberg über Monate hinweg vergeblich nach einem Platz in einer Kindertageseinrichtung oder müssen sich in lange Wartelisten eintragen. In großen Teilen des Bezirks steigt der Bedarf, ohne dass es eine entsprechende Reserve an Kita-Plätzen gibt. Besonders groß ist der Mangel in unserem Bezirk, aktuell in der südlichen Friedrichstadt sowie im Gebiet südlich der Frankfurter Allee. Einen Anspruch auf eine ganztägige Förderung gibt es nur, wenn beide Eltern einen Job haben. Das ist bildungs- und sozialpolitisch unsinnig.

Unser Ziel ist es, dass Kinder möglichst früh ein Betreuungsangebot in Anspruch nehmen können. Dies ist gerade für die Sprachentwicklung zweisprachig aufwachsender Kinder wichtig und ermöglicht gleichzeitig den Eltern eine schnelle Rückkehr in Ausbildung oder Berufstätigkeit. Wir treten deshalb für einen Rechtsanspruch auf eine täglich mindestens siebenstündige Förderung auch für unter dreijährige Kinder ein und wollen den Ausbau der Angebote insbesondere für diese Gruppe vorantreiben. Um Familie und Berufstätigkeit besser in Einklang zu bringen, brauchen wir außerdem mehr Betreuungsangebote in Randzeiten.

Dabei darf die Erweiterung des Angebotes nicht zu Lasten der Qualität gehen. Im Gegenteil: Wir brauchen mehr Personal in den Kindertageseinrichtungen, um den gestiegenen Anforderungen etwa im Hinblick auf die Sprachförderung oder individuelle Förderbedarfe gerecht zu werden. Um ausreichend Erzieherinnen und Erzieher zu gewinnen, müssen sie größere Anerkennung erhalten. Die Ausbildung zur Erzieherin bzw. zum Erzieher muss deutlich attraktiver werden.

Gemeinsames Spielen und Lernen in der Kita ist vor allem auch soziales Lernen. Gut ausgestattete und für alle offene Kindertageseinrichtungen sind ein wichtiger Beitrag zu einem sozialen Berlin. Wir wollen, dass alle Kinder in Friedrichshain-Kreuzberg eine Kita besuchen können – von Anfang an. Dafür muss das Angebot an Kindertageseinrichtungen weiter ausgebaut werden. Wir treten zudem dafür ein, dass sich alle Kindertageseinrichtungen zu Familienzentren entwickeln können. Dort sollen Eltern umfassende Beratung und Unterstützung finden. Die Familienzentren sollen eng vernetzt sein mit den Angeboten der Jugendhilfe.

DIE LINKE tritt auf Bundes- und Landesebene für die Abschaffung jeglicher Bedarfsprüfungen ein, damit alle Kinder unabhängig von ihrem sozialen Hintergrund in vollem Umfang von den Angeboten der Kindertageseinrichtungen profitieren können. Der Umfang eines Kita-Gutscheins darf nicht davon abhängen, ob beide Eltern einen Arbeitsplatz haben oder nicht.

Die Teilnahme an frühkindlicher Bildung darf auch nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. DIE LINKE setzt sich deshalb auf Landesebene für eine gebührenfreie Kindertagesbetreuung ein – nicht erst in den letzten Jahren vor der Schule. Hierzu gehört ein kostenfreies Mittagessen für alle Kinder. Eigenanteile der Eltern, die selbst für Empfängerinnen und Empfänger von Sozialleistungen vorgesehen sind, wollen wir abschaffen.

Beim Ausbau des Kita-Angebotes in unserem Bezirk wollen wir insbesondere die öffentlichen Kindertageseinrichtungen stärken. Hierfür ist eine verbesserte Finanzierung der kommunalen Bildungseinrichtungen unverzichtbar. Wir wollen, dass öffentliche Flächen – auch die des Liegenschaftsfonds des Landes – für den Ausbau öffentlicher Bildungsangebote gesichert werden.

In vielen Kiezen sind bestehende Kindertageseinrichtungen von Verdrängung bedroht, weil ihre Mietverträge nicht verlängert werden oder der Vermieter eine Mieterhöhung verlangt, die die Kita-Träger nicht aufbringen können – zuletzt zum Beispiel bei der Kita »Alles Banane« im Graefekiez oder der Kita in der Hausburgstraße. Wir setzen uns dafür ein, dass Mietsteigerungen begrenzt werden und Kindertageseinrichtungen in ihren Räumlichkeiten bleiben können.

KULTUR: Vielfalt erhalten und Geschichte sichtbar machen

Kommunale Kulturförderung öffnet Räume und Freiräume für die private und freie Kunst- und Kulturproduktion. Aber bezirkliche Kulturpolitik ist eine sogenannte freiwillige Aufgabe. Das bedeutet, Kultur kann aus rein ökonomischen Gründen in keinem der Berliner Bezirke ausreichend unterstützt und gefördert werden. Der Personalabbau in den Bezirken wird zwangsläufig zuerst bei den freiwilligen Aufgaben umgesetzt, was Bibliotheken, kommunale Galerien und kleinere Spielstätten besonders trifft. Zudem werden Angebote, die der Bezirk noch vorhält, nach Öffnungszeiten finanziert und nicht nach Aufwand oder Besucherzahlen.

Wir halten weiterhin daran fest, dass Kultur kein Hobby des Regierenden Bürgermeisters sein soll, sondern fester Bestandteil der bezirklichen Infrastruktur und entsprechend langfristig und auskömmlich finanziert werden muss. Kulturelle Projekte in unserem Bezirk müssen auch abseits der Hochkultur finanziell durch das Land und den Bezirk gefördert werden. DIE LINKE will nicht wenige Leuchttürme, sondern ein breites kulturelles Angebot für Kinder und Jugendliche, alte und junge Erwachsene. Bei Veranstaltungen in bezirklichen kulturellen Einrichtungen soll für Inhaberinnen und Inhaber des »berlinpasses« nur verbilligter Eintritt erhoben werden.

In Friedrichshain-Kreuzberg gibt es ein vielfältiges Kulturangebot, das vom Theaterkombinat Hebbel am Ufer (HAU) über zahlreiche Kunstgalerien bis hin zum großen Karneval der Kulturen reicht, und unter dem sich auch nahezu einzigartige kommunale Einrichtungen wie das Ballhaus Naunystraße befinden. Das Ballhaus Naunystraße muss weiterhin auch über entsprechende Mittelbeteiligung des Landes Berlin finanziert werden. Der Bezirk hat auf Antrag der LINKEN trotz schwieriger Haushaltslage seinen Finanzierungsanteil zugesagt, wir erwarten das gleiche vom Land Berlin.

Das Thema Clubkultur und besonders das RAW-Gelände an der Revaler Straße wird in den nächsten Jahren an Relevanz zunehmen, da der Berliner Senat und Investoren jede Freifläche zupflastern wollen, ohne vorhandene Clubkulturstandorte und Freiflächen zu sichern. DIE LINKE setzt sich für die weitere Nutzung des RAW als Ort von Erholungs- und Freizeitangeboten für die Anwohnerinnen und Anwohner sowie als Ort für bezahlbare Produktionsräume für Künstlerinnen und Künstler ein. Es muss in unserer Stadt weiterhin Räume für selbstorganisierte Kunst und Kultur geben, an denen auch Trubel, Hektik und ein wenig Unordnung möglich sind. Wohnungsneubau auf dem RAW-Gelände würde absehbar zu Nutzungskonflikten führen. Wir möchten diesen Kulturstandort sichern und deshalb Wohnungsneubau an diesem Ort verhindern.

Um die Lese-, Medien- und Sprachkompetenz vor allem bei Kindern und Jugendlichen zu fördern, braucht Berlin leistungsfähige öffentliche Bibliotheken. In den Haushaltsberatungen hat DIE LINKE durchgesetzt, dass der Medienetat für Bibliotheken wieder dem Berliner Durchschnitt entspricht. Dieses Niveau wollen wir nicht nur halten, sondern in den kommenden Jahren schrittweise weiter verbessern. DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, dass sozial Benachteiligte, und Menschen mit geringem Einkommen, niedrigschwellige und kostenlose Angebote in den Bibliotheken nutzen können. Dazu gehört für uns auch, dass die Bibliotheken und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter finanziell und personell in die Lage versetzt werden, neue und mehrsprachige Veranstaltungs- und Bildungsangebote auch jenseits des Bücherbestandes anzubieten.

Unter Führung der Grünen kam es in den letzten Jahren gegen unseren Widerstand und den der Anwohnerinnen und Anwohner zur Schließung von Bibliotheken. Dagegen werden wir auch künftig kämpfen. Mindestens aber wollen wir einen Bücherbus, der die wegfallenden Angebote gerade für Schulen, Kindestageseinrichtungen und Senioreneinrichtungen kompensiert. Deshalb werden wir weiterhin auf die Anschaffung eines solchen Busses, den auch die Bezirkselternvertretung fordert, drängen.

Seit über zwei Jahrzehnten organisieren wir am 1. Mai das Mariannenplatzfest als Treffen von politischen Organisationen und linker Kultur. Wir begrüßen ausdrücklich alle Initiativen zur Repolitisierung des

MyFestes. Vielfältige politische Aktivitäten sind für uns ein Teil des 1. Mai im Bezirk.

Erinnerungskultur ist ein wichtiger Bestandteil der Kulturpolitik. DIE LINKE wird sich für den Erhalt und die Sanierung von im öffentlichen Raum aufgestellten Büsten und Denkmälern sowie Gedenktafeln für Antifaschistinnen und Antifaschisten und Persönlichkeiten der Arbeiterbewegung einsetzen. Wir unterstützen den »Förderverein zum Gedenken an Nazi-Verbrechen um und auf dem Tempelhofer Flugfeld e.V.« in seinem Bestreben, dem Konzentrationslager »Columbia-Haus« und dem Nazi-Zwangsarbeiter-Lager auf dem Tempelhofer Feld am historischen Ort angemessen zu gedenken.

Anknüpfend an den selbstorganisierten Carlo-Giuliani-Park am Bethaniendamm wollen wir die Diskussion um einen Erinnerungsort für den Globalisierungskritiker unterstützen. Diese soll bis zum Sommer 2021, dem 20. Todestag von Carlo Giuliani, in einem festen Erinnerungsort in Kreuzberg münden.

DIE LINKE setzt sich für die die Pflege und Weiterentwicklung der verschiedenen Erinnerungsorte im Volkspark Friedrichshain, wie dem Friedhof der Märzgefallenen, der Gedenkstätte der Interbrigadisten, der Weltfriedensglocke, dem Denkmal des gemeinsamen Kampfes polnischer Soldaten und deutscher Antifaschisten, ein. Wir unterstützen dabei die Initiative, die verschiedenen Erinnerungsorte stärker zu vernetzen und den Volkspark insgesamt als Ensemble geschichtsträchtiger Orte des Gedenkens und Erinnerns weiterzuentwickeln. Der Friedhof der Märzgefallenen muss als Gedenkstätte zweier Revolutionen als nationale und europäische Gedenkstätte stärker bekannt gemacht werden. Zudem sind die Schulen des Bezirkes besser in die Erinnerungsarbeit einzubeziehen.

LEBEN MIT BEHINDERUNG: inklusiv und ohne Barrieren

Die Konvention der Vereinten Nationen für die Rechte der Menschen mit Behinderungen stellt der Gesellschaft die Aufgabe, in allen Lebensbereichen Barrieren, die Menschen an voller gesellschaftlicher Teilhabe hindern, zu erkennen und zu beseitigen. Es geht um das Menschenrecht auf Inklusion, um die Einbeziehung aller Menschen in ein gemeinsames gesellschaftliches Leben. DIE LINKE unterstützt dieses Vorhaben. In Friedrichshain-Kreuzberg wurden dazu bereits weitreichende Ansätze entwickelt, unseren Bezirk inklusiv zu gestalten, aber Friedrichshain-Kreuzberg ist noch lange kein inklusiver Ort.

DIE LINKE tritt ein für den gemeinsamen Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderung und dessen auskömmliche Finanzierung, für die uneingeschränkte Zugänglichkeit öffentlicher Gebäude, der

Verkehrsmittel und öffentlicher Straßen und Plätze, wie auch für die Barrierefreiheit des öffentlichen Internetauftritts. Wir wollen den gleichberechtigten Zugang zu Arbeit und Ausbildung und wir wollen, dass alle Menschen ein selbstbestimmtes Leben führen können.

DIE LINKE fordert ein Landesprogramm zur Förderung von Ausbildung und sozialversicherungspflichtiger und existenzsichernder Arbeit auf dem ersten Arbeitsmarkt für Menschen mit Behinderungen. Damit soll der Wechsel von einem Arbeitsplatz in einer Werkstatt für behinderte Menschen in sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse auf dem ersten Arbeitsmarkt gefördert werden.

Für DIE LINKE haben die Themen Barrierefreiheit sowie Mobilität und Sicherheit einen hohen Stellenwert. Dabei geht es sowohl um den flächendeckenden Ausbau niedrigschwelliger Angebote zum Erhalt der Mobilität als auch um die Ausgestaltung und Finanzierung eines vollständig barrierefreien öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV). Dies gilt für die Haltestellendichte ebenso wie für die Zugänglichkeit aller Verkehrsmittel für mobilitätseingeschränkte Menschen. DIE LINKE unterstützt die Sicherung der Mobilitätshilfsdienste, den Erhalt des Sonderfahrdienstes und des Begleitservices der Verkehrsverbundes Berlin-Brandenburg (VBB).

Wir wollen, dass mobilitätseingeschränkte Menschen möglichst in der eigenen Wohnung bleiben können und ein Umzug in eine stationäre Einrichtung erst so spät wie möglich erfolgen muss. DIE LINKE fordert, dass sich das Bezirksamt im Zuge des Wohnungsneubaus dafür einsetzt, einen angemessenen, den Bedarf deckenden Anteil an bezahlbaren barrierefreien Wohnungen und Platz für Betreuungsangebote der Eingliederungshilfe für Menschen mit einer körperlichen, geistigen und/oder seelischen Behinderung zu schaffen.

MIETEN UND WOHNEN: Mietenexplosion stoppen, bezahlbaren Wohnraum schaffen

Die Preise auf dem Wohnungsmarkt sind in Berlin explodiert und Friedrichshain-Kreuzberg muss die größten Mietsteigerungen der letzten Jahre verzeichnen. Viele Menschen müssen einen immer größeren Teil ihres Einkommens für die Miete aufwenden oder werden schließlich in andere Gebiete und an den Stadtrand verdrängt.

Gleichzeitig ist in den letzten Jahren in unserem Bezirk immer stärkerer Protest gegen Mietsteigerungen und Verdrängung aufgekommen, der sich beispielsweise in Initiativen wie den Palisaden-Panthern, Kotti & Co, WEM GEHÖRT KREUZBERG oder Bizim Kiez, in Aktionen wie den Blockaden bei Zwangsräumungen und der Unterstützung für den Mietenvolksentscheid ausdrückt.

DIE LINKE unterstützt den Protest gegen eine Politik, die Wohnen über einen profitorientierten Markt organisieren möchte, statt das Recht auf Wohnen zu stärken. Wir setzen uns für eine soziale Mieten- und Wohnungspolitik ein, die Fehler der Bundes- und Landespolitik kritisiert und zugleich vor Ort nach Lösungen sucht.

Die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum für Menschen mit geringen und mittleren Einkommen bleibt unser Ziel und ein Schwerpunkt unserer Arbeit. Doch einfache Lösungen für das Mieten-und Wohnungsproblem gibt es leider nicht. Entscheidend ist, den Anstieg der Mieten bei den bestehenden Wohnungen zu stoppen oder zumindest zu dämpfen. Entsprechend haben wir den Berliner Mietenvolksentscheid unterstützt, um preiswerten Wohnraum zu erhalten und neuen zu schaffen.

Die Privatisierung von landeseigenen Wohnungsunternehmen in der Vergangenheit war ein Fehler. Notwendig ist die Rekommunalisierung von Wohnraum, zum Beispiel durch den weiteren Zukauf von Wohnungen durch die städtischen Wohnungsbaugesellschaften und durch kommunalen Wohnungsbau, damit Menschen mit geringen Einkommen künftig in unserem Bezirk wieder bezahlbare Wohnungen finden können.

Wir haben erreicht, dass Milieuschutzgebiete im Bezirk ausgeweitet wurden und wollen noch mehr Gebiete als solche ausweisen lassen. Eine Verordnung stellt in diesen Milieuschutzgebieten die Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen unter Genehmigungsvorbehalt. Wir fordern, dass in Friedrichshain-Kreuzberg diese Genehmigungen nur in zwingenden Ausnahmefällen erteilt werden. Auf Bundesebene werden wir uns für eine Änderung des Baugesetzes einsetzen, so dass künftig in Milieuschutzgebieten auch die Umwand-

lung von Gewerberaum vom Bezirksamt genehmigt werden muss. Nur so können in alten Fabriketagen und Gewerbehöfen, zum Beispiel entlang des Landwehrkanals und der Spree, Luxussanierungen und die Vernichtung von Gewerberäumen zugunsten teurer Eigentumswohnungen unterbunden werden.

Theoretisch hat der Bezirk unter bestimmten Bedingungen in Milieuschutzgebieten auch ein Vorkaufsrecht zum sogenannten »Verkehrswert«, wenn mit Häusern spekuliert wird. Bisher wurde nur in ganz wenigen Einzelfällen und dann durch »Dritte« – in der Regel landeseigene Wohnungsgesellschaften – versucht, dieses Recht wahrzunehmen. Doch in den meisten Fällen scheiterte die Umsetzung an der Bürokratie und der Behäbigkeit besagter Wohnungsbaugesellschaften. In der Wrangelstraße 66 wird erstmals gemeinsam mit dem Land, einer Wohnungsbaugesellschaft und einer Stiftung versucht, ein Haus, dessen Wohnungen als Eigentumswohnungen verkauft werden sollten, für die Mieterinnen und Mieter zu erwerben. Dieses Umdenken begrüßen wir und fordern den Senat auf, den Bezirken mit Hilfe eines Fonds solche Ankäufe in größerer Zahl zu ermöglichen. In den bezirklichen Haushaltsberatungen haben wir zudem durchgesetzt, dass auch der Bezirk mehr tut und häufiger prüft, wie er durch die Gründung einer Stiftung, Genossenschaft oder eines sogenannten Eigenbetriebs das Heft des Handelns in die Hand nehmen kann.

In Friedrichshain-Kreuzberg gibt es zahlreiche Ferienwohnungen. Dadurch wird Wohnraum für die Bewohnerinnen und Bewohner des Bezirks vernichtet. 2014 wurde für Berlin eine Verordnung zum Zweckentfremdungsverbot erlassen, die Leerstand und die Umnutzung als Ferienwohnung begrenzen soll. Die ersten Erfahrungen im Bezirk zeigen, dass mit diesem Instrument Ferienwohnungen und leerstehende Wohnungen wieder zu normalen Mietwohnungen umgewandelt werden konnten. Die Erfahrungen zeigen aber auch: Eine solche Verordnung wirkt nur, wenn Maßnahmen für ihre Durchsetzung ergriffen werden können. DIE LINKE tritt dafür ein, dass in den Bezirksämtern mehr Personal für die Verfolgung von Zweckentfremdung zur Verfügung gestellt wird. Einer unserer Erfolge der letzten Jahre ist es, dass zukünftig jeder Cent, der durch Zweckentfremdung in die Bezirkskasse fließt, der Beratung von Mieterinnen und Mietern zugutekommt, die von Verdrängung bedroht sind. Eine entsprechende Anlaufstelle wird aus diesen Mitteln finanziert.

Wir wollen Zwangsumzüge verhindern und angemessene Mietübernahmen garantieren. Menschen, die auf Transferleistungen (Hartz IV, Sozialhilfe oder Grundsicherung im Alter) angewiesen sind, sollen in ihrem sozialen Umfeld bleiben können. Um Zwangsumzüge zu verhindern, bedarf es auf Landesebene besserer Regelungen zur Übernahme der Kosten der Unterkunft, die auf den sich rasant entwickelnden Wohnungsmarkt mit steigenden Mieten reagieren und die vielen Sonder-und Härtefallregelungen rechtssicher gestalten.

MIGRATION UND INTEGRATION: demokratische Teilhabe und gleiche Rechte für alle

Friedrichshain-Kreuzberg gehört zu den vielfältigsten Bezirken in Berlin. Zuletzt lebten bei uns Menschen mit Wurzeln in über 170 Ländern der Welt. Das bedeutet, eine Vielfalt von Menschen mit unterschiedlichen Kulturen, Muttersprachen und Religionen prägt und bereichert unseren Bezirk.

Doch nur wer das Gefühl hat, als gleichberechtigtes Mitglied einer Gesellschaft wahrgenommen zu werden, fühlt sich auch eingeladen, in ihr mitzuwirken und Verantwortung zu übernehmen. Dafür werden wir uns auch in Zukunft einsetzen. In Friedrichshain-Kreuzberg sind viele dieser Partizipationsmöglichkeiten zum Glück seit langem gelebte alltägliche Praxis. Wir werden das auch weiterhin aktiv unterstützen und eine stärkere Beteiligung von Migrantinnen und Migranten fördern.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Verwaltung reorganisiert wird und Leitbilder geplant und entwickelt werden, die sicherstellen, dass allen Menschen unabhängig ihrer Herkunft gleiche Chancen eingeräumt werden.

Neben demokratischer Teilhabe sind Bildung und Erwerbsarbeit wichtige Faktoren für gesellschaftliche Integration. Wir setzen uns daher weiterhin für einen Ausbau der Bildungsangebote für junge Migrantinnen und Migranten, wie beispielsweise berufsqualifizierende Maßnahmen oder der nachträgliche Erwerb von Schulabschlüssen, ein.

In Berlin hat DIE LINKE 2010 erstmals in einem Bundesland ein Partizipations- und Integrationsgesetz durchgesetzt. In Friedrichshain-Kreuzberg haben wir in den vergangenen Jahren dafür Sorge getragen, dass im Jobcenter, im Sozialamt und im Amt für Bürgerdienste, der Prozess der interkulturellen Öffnung der Verwaltung vorangetrieben wurde und dadurch der Anteil der Verwaltungsmitarbeiterinnen und Verwaltungsmitarbeiter mit Migrationshintergrund signifikant gestiegen ist. Dadurch haben wir mehr demokratische Teilhabe für alle geschaffen und tragen dazu bei, dass sich Staat und Verwaltung öffnen und zum Besseren verändern. Dies wollen wir in den nächsten Jahren intensivieren und auf weitere Verwaltungsbereiche ausdehnen.

ÖFFENTLICHER RAUM UND SICHERHEIT: wohnen und leben ohne Müllberge, Gestank und Gewalt

Friedrichshain-Kreuzberg ist ein Bezirk, in dem Tourismus, Partys und das öffentliche Leben allgemein stärker auf der Straße stattfinden als in manch ruhigen Außenbezirken. Dies wird auch durch den vielen Müll auf den Straßen und Grünflächen im Bezirk sichtbar – nicht nur nach den Wochenenden. Viele Müllkörbe quellen über, kaputte Glasflaschen und Unrat säumen besonders die Hotspots der Partymeilen rund um die Revaler oder die Schlesische Straße und wildes Urinieren in Grünflächen oder Hauseingängen ist besonders im Sommer eine echte Belästigung für Anwohnerinnen und Anwohner.

Damit der öffentliche Raum für alle Bürgerinnen und Bürger verfügbar ist, sind auch Regeln unverzichtbar. Nicht alles ist an jedem Ort und zu jeder Zeit möglich. Hier muss aus unserer Sicht allerdings differenziert werden, zum Beispiel zwischen den Auswirkungen der Massen-Gastronomie im Simon-Dach-Kiez auf die Anwohnerinnen und Anwohner und den klassischen Kiezkneipen im Möckernkiez. Es geht uns um das jeweils Angemessene, über das wir uns gemeinsam mit den Menschen in den Kiezen verständigen wollen.

Die Bewohnerinnen und Bewohner von Friedrichshain-Kreuzberg haben in jedem Fall ein Recht darauf, in einer Umgebung ohne Müll und Gestank zu leben. Dies hat nichts mit Spießigkeit zu tun, sondern gehört für uns zum guten Leben für alle dazu.

DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, dass deutlich mehr öffentliche und kostenfreie Toiletten in unserem Bezirk installiert, ganzjährig geöffnet und regelmäßig gereinigt werden. DIE LINKE setzt sich für mehr Müllkörbe und deren häufigere Leerung in Gebieten ein, in denen sich besonders viele Menschen täglich aufhalten und Abfall produzieren. Darüber hinaus wollen wir, dass Straßen und öffentliche

Plätze öfter gereinigt werden und Grünflächen als Erholungsflächen genutzt werden können.

Armut, soziale Spannungen und die große Beliebtheit als Tourismus- und Partybezirk bringen leider auch Straftaten wie Raub, Diebstahl und Körperverletzung mit sich. Viele Menschen fühlen sich an so genannten besonders »belasteten« Orten nicht sicher, unabhängig davon, ob eine tatsächliche Gefahr besteht. DIE LINKE will, dass die Bewohnerinnen und Bewohner, aber auch Touristinnen und Touristen in unserem Bezirk ohne Angst vor Kriminalität leben können. Allein die Forderung nach mehr Polizei im öffentlichen Raum reicht dazu nicht aus. Eine Ausweitung der Videoüberwachung lehnt DIE LINKE ab. Sie gaukelt ein Sicherheitsgefühl vor, ohne eine einzige Straftat verhindern zu können. Die alltägliche Überwachung aber trifft uns alle.

Wer Kriminalität wirksam vorbeugen und die Sicherheit für Bürgerinnen und Bürger verbessern will, muss auf die Stärkung des sozialen Zusammenhalts setzen. So sorgen beispielsweise aktive Nachbarschaften, Kiezvereine und Nachbarschaftsfeste dafür, sich in seiner Umgebung sicherer zu fühlen. DIE LINKE will den sozialen Zusammenhalt stärken. Außerdem wollen wir so genannte »Angsträume« – also unbelebte Straßen oder dunkle Parks – reduzieren. Dazu gehört etwa, Straßen, Plätze und Grünflächen ausreichend zu beleuchten und so zu gestalten, dass diese gut einsehbar sind und freie Sicht nicht durch übermäßigen Wildwuchs von Bäumen und Sträuchern eingeschränkt wird.

Besonders schwierig ist die Situation zurzeit rund um den Görlitzer Park, das Kottbusser Tor oder das RAW-Gelände in Friedrichshain.

Das hat vielfältige Ursachen. Dazu gehören zuvorderst eine verfehlte Flüchtlings-, Sozial- und Drogenpolitik. Die Erfahrung zeigt: Nur durch polizeiliche Repression lassen sich die Probleme nicht lösen. Die Sicherheitslage lässt sich nur durch ein zwischen Bezirk und Polizei abgestimmtes Gesamtkonzept verbessern. Dafür muss der Innensenator endlich seiner Verantwortung nachkommen und das Schwarze-Peter-Spiel zwischen Land und Bezirk ein Ende haben. Wir unterstützen alle Versuche des Dialogs mit Parknutzerinnen und -nutzern, Anwohnerinnen und Anwohnern, Gewerbetreibenden und lokalen sozialen Trägern. Auf Bezirksebene wollen wir Angebote und Anlaufstellen fördern, die Menschen, die einen Ausweg aus Drogenkriminalität und -abhängigkeit suchen, praktische Hilfe wie Sprachkurse, Vermittlung von Wohnungen, Beschäftigung oder medizinische Versorgung bieten. Wo sinnvoll wollen wir zudem mit einer verstärkten und verstetigten Straßensozialarbeit auf eine gezielte Veränderung delinquenter Verhaltensweisen hinwirken.

DIE LINKE wird sich darüber hinaus immer dafür einsetzen, dass polizeiliche Maßnahmen auf der Grundlage von Recht und Gesetz stattfinden und nicht zur Einschränkung von Grundrechten führen. Im Friedrichshainer Nordkiez müssen wir seit Monaten das Gegenteil beobachten: Durch die politisch motivierte Entscheidung der Polizeiführung und des Innensenators, die Rigaer Straße und ihre Umgebung zu einem so genannten Gefahrengebiet zu machen, soll DIE LINKE Szene in Friedrichshain gezielt eingeschüchtert werden. Bewohnerinnen und Bewohner werden seit Monaten durch anlasslose Personenkontrollen und Passierverbote schikaniert und in ihrem Lebensalltag stark eingeschränkt. Wir setzen uns weiter dafür, dass Innensenator und Polizeiführung diese Praxis beenden und polizeiliche Maßnahmen an den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit gebunden sind. DIE LINKE unterstützt alle Initiativen im Friedrichshainer Nordkiez, die sich für ein friedliches und alternatives Zusammenleben, gegen Verdrängung und pauschale Kriminalisierung der dort lebenden Menschen einsetzen, und wird sich den Scharfmachern in CDU und SPD weiter konsequent entgegenstellen.

QUEER: vielfältig und sexuell selbstbestimmt

Obwohl Friedrichshain-Kreuzberg als toleranter und vielfältiger Bezirk gilt, kommt es auch bei uns immer wieder zu Ausgrenzung, Diskriminierung, Beleidigung und auch Gewalt gegen Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transsexuelle, Transgender und Intersexuelle. Es ist für viele Menschen noch immer nicht einfach möglich, in der Öffentlichkeit, in der Schule oder an ihrem Arbeitsplatz ihre sexuelle und geschlechtliche Identität offen und frei zu zeigen, ohne Nachteile befürchten zu müssen.

DIE LINKE kämpft nicht lediglich gegen Diskriminierung und für eine Akzeptanz sexueller oder geschlechtlicher Verschiedenheit. Wir streben eine Gesellschaft an, die alle Lebensentwürfe als gleichberechtigt begreift. Eine solche Politik greift in alle Debatten, von der Sozial-, Familien- bis zur Rentenpolitik ein, um die sexuelle und geschlechtliche Vielfalt der Gesellschaft anzuerkennen.

DIE LINKE unterstützt Initiativen, die durch Aufklärung und Kompetenzvermittlung an Schulen, in Betrieben und Behörden, die Gleichberechtigung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt befördern.

Im Bezirk tritt DIE LINKE dafür ein, dass die Belange von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transsexuellen, Transgender und Intersexuellen in allen Politikfeldern Berücksichtigung finden, um perspektivisch einen Beitrag zur Beseitigung jeglicher Diskriminierung zu leisten. Gleichberechtigung beginnt beim Denken, verändert Sprache und vermeintlich Alltägliches. Deshalb unterstützen wir unter anderem die Schaffung von zusätzlichen Unisex-Toiletten, die Prüfung und Überarbeitung bezirkseigener Broschüren und eine Qualifizierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter insbesondere in den Bürger- und Ordnungsämtern. Wir werden uns auch dafür einsetzen, dass bei der Personalgewinnung und -entwicklung in der Bezirksverwaltung neben der Kultursensibilität auch der diskriminierungsfreie Umgang mit allen Lebensentwürfen im Mittelpunkt steht.

RECHTSEXTREMISMUS: konsequent gegen alte und neue Rechte

In vielen Bezirken Berlins wurden in den letzten Monaten sogenannte Bürgerinitiativen gegründet, die Stimmung gegen Geflüchtete machen. Aufgehetzt und organisatorisch unterstützt von der NPD und anderen rechten und rechtspopulistischen Gruppierungen organisieren sie Demonstrationen vor Not- und Gemeinschaftsunterkünften, bei denen es regelmäßig zu Pöbeleien gegen Geflüchtete, ehrenamtlich Helfende sowie Gegendemonstrantinnen und Gegendemonstranten kommt, und offen Hass gegen alles Fremde propagiert wird. Die AfD nutzt diese Stimmung, heizt sie an und versucht auf Kosten von Schutzsuchenden in die Parlamente zu kommen.

DIE LINKE steht für eine umfassende Teilhabe aller Menschen, die hier leben, und für eine Stadt ohne Rassismus. Rechtspopulisten haben mit ihren Inhalten in dieser Stadt und unserem Bezirk keinen Platz. »Friedrichshain-Kreuzberg – tolerant und weltoffen« – das bleibt unser Ziel. Wir heißen Menschen, gleich welcher Herkunft, Hautfarbe, Religion und sexueller Orientierung, willkommen.

Wir wollen ausreichende finanzielle Unterstützung für Präventionsarbeit, für Weiterbildungsangebote für Erzieherinnen und Erzieher

sowie Lehrerinnen und Lehrer, für antirassistische Projektarbeit in den Schulen und für die Initiativen gegen Rechts ein.

DIE LINKE ist Teil des antifaschistischen Widerstandes und arbeitet im Bezirk eng mit der Initiative gegen Rechts oder der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus zusammen. Seit Jahren beteiligen wir uns an der traditionellen Silvio-Meier-Demonstration. Gemeinsam mit vielen Antifaschistinnen und Antifaschisten haben wir uns für die Benennung eines öffentlichen Ortes, nach dem von Nazis erstochenen Hausbesetzer, eingesetzt. Im April 2013 war es endlich soweit: In Gedenken an Silvio Meier wurde die Gabelsbergerstraße in Friedrichshain in einem feierlichen Akt in Silvio-Meier-Straße umbenannt. Darüber hinaus konnten wir erreichen, dass ab 2016 ein Silvio-Meier-Preis für Zivilcourage vergeben wird.

Geschäfte, die ausdrücklich auf eine rechtsextreme Klientel ausgerichtet sind, braucht niemand. Wir wollen, dass sich alle Investoren vor Genehmigung eines Bauantrags dazu verpflichten, keine Flächen an solche Läden zu vermieten. Das Bezirksamt muss mit den ansässigen Vermietern und den großen Einkaufszentren eine entsprechende Selbstverpflichtung aushandeln.

SCHULE: für eine gute Bildung für alle

In keinem westeuropäischen Industrieland bestimmt die soziale Herkunft so sehr über den Bildungserfolg wie hierzulande. Vielen Kindern und Jugendlichen wird schon in der Schulzeit vermittelt, dass sie am Rande der Gesellschaft stehen. Viel zu viele verlassen die Schule ohne Abschluss und ohne berufliche Perspektiven – auch in Friedrichshain-Kreuzberg.

DIE LINKE streitet für eine gute Bildung für alle – egal, woher sie kommen; egal, ob sie reiche Eltern haben oder nicht; egal, ob sie hier aufgewachsen sind oder aus ihrer Heimat flüchten mussten. Wir wollen Schulen, die nicht aussortieren, sondern alle Kinder bestmöglich fördern. Gute Bildung vermittelt jedem Kind die Chance, ein selbstbestimmtes Leben zu führen.

Wir wollen, dass alle Kinder gemeinsam lernen – von der Einschulung bis zum Schulabschluss. Es ist ein Erfolg der LINKEN, dass in Berlin Gemeinschaftsschulen aufgebaut werden. Sie setzen neue Lehr- und Lernkonzepte um, nehmen alle Schülerinnen und Schüler in ihrer Vielfalt und mit ihren unterschiedlichen Voraussetzungen an und stellen sich der Aufgabe, jede Jugendliche und jeden Jugendlichen individuell zu fördern.

Wir wollen, dass die Gemeinschaftsschulen vom Pilotprojekt zur Regelschulform werden. Die beiden Kreuzberger Gemeinschaftsschulen – die Carl-von-Ossietzky-Schule und die Lina-Morgenstern-

Schule – werden wir weiterhin unterstützen. Außerdem wollen wir erreichen, dass auch in Friedrichshain eine Gemeinschaftsschule entsteht. Wo es integrierte Sekundarschulen gibt, müssen auch diese den Weg zu allen Schulabschlüssen eröffnen. Es ist ein Erfolg, dass mit der gymnasialen Oberstufe an der Refik-Veseli-Schule jetzt auch in Kreuzberg 36 das Abitur erreichbar ist. Wir wollen, dass alle integrierten Sekundarschulen eine Oberstufe und damit einen direkten Weg zum Abitur anbieten – gegebenenfalls in Kooperation mit anderen Schulen.

In den nächsten Jahren wird die Zahl der Schülerinnen und Schüler in unserem Bezirk – insbesondere in Friedrichshain – stark zunehmen. Wir brauchen deshalb einen erheblichen Ausbau des Schulangebots. Neue Schulbauten sowie die entsprechende Erweiterung des Angebotes sind allerdings nur dann realisierbar, wenn hierfür auch im Bezirk zusätzliches Personal in den Bereichen Schule und Bauen eingestellt wird.

Wir wollen, dass es in allen Schulen ausreichend Mittel, Personal und Räume für ein ganztägiges Angebot wie auch für selbstorganisierte Initiativen und Arbeitsgemeinschaften gibt. Die Schulen müssen auch für Kinder mit körperlichen Einschränkungen barrierefrei zugänglich sein. Außerdem brauchen wir an den Schulen flächendeckend eine hochwertige Essensversorgung. Um diesen Ansprüchen zu genügen, müssen viele Schulen saniert oder umgebaut werden. Das Land muss dafür ausreichend Geld zur Verfügung stellen. DIE LINKE hat ein entsprechendes Finanzierungskonzept für Berlin erarbeitet.

Kindern und Jugendlichen, die aus ihrer Heimat flüchten mussten, wollen wir in Friedrichshain-Kreuzberg einen schnellen Einstieg ins Schulsystem und eine gute Unterstützung bieten. Hierfür muss die Anzahl der Willkommensklassen in den kommenden Jahren deutlich erhöht werden. DIE LINKE macht sich für eine gute Ausstattung dieser Klassen stark. Die Schülerinnen und Schüler müssen so schnell wie möglich in den allgemeinen Schulalltag integriert werden und auch in ihrem weiteren Schulweg sprachliche Förderung und individuelle Unterstützung erfahren.

Damit nicht regelmäßig Unterricht ausfällt, brauchen wir mehr Lehrerinnen und Lehrer. In vielen Bereichen müssen Lehr- und Lernmaterialien erneuert werden. Jede Schule sollte eine eigene Hausmeisterin bzw. einen eigenen Hausmeister haben. Schülerinnen und Schüler, Eltern sowie Lehrerinnen und Lehrer erwarten außerdem zu Recht, dass die Schulen sauber gehalten werden. Dies ist eine öffentliche Aufgabe. Wir wollen die Schulreinigung rekommunalisieren und künftig in der direkten Verantwortung des Bezirkes organisieren. Den Einsatz privater Sicherheitsdienste und Videoüberwachung an Schulen lehnen wir ab.

Wir verstehen Schulen als Einrichtungen, in denen die Ideen des Friedens und der Solidarität gelehrt und gelebt werden. Rekrutierungs-

veranstaltungen der Bundeswehr haben deshalb dort nichts zu suchen. Einladungen von Jugendoffizieren an die Schulen in Friedrichshain-Kreuzberg lehnen wir ab.

SENIORINNEN UND SENIOREN: auch im Alter gut leben

Die demografische Entwicklung macht auch vor Friedrichshain-Kreuzberg nicht halt, obwohl wir zurzeit mit einem Altersdurchschnitt von rund 37 Jahren noch der jüngste Berliner Bezirk sind. Und von denjenigen, die in unserem Bezirk alt werden, sind viele von Armut betroffen. Das Einkommen älterer Menschen im Bezirk ist im Berliner Vergleich unterdurchschnittlich. In den letzten Jahren ist der Anteil derer, die im Alter auf Grundsicherung angewiesen sind, sogar deutlich gestiegen. In Berlin liegt die Quote der Grundsicherungsempfängerinnen und Grundsicherungsempfänger im Alter bei etwa fünf Prozent, in Friedrichshain-Kreuzberg bei zwölf Prozent. In Kreuzberg-Nord und Kreuzberg-Ost sind es sogar jede Fünfte bzw. jeder Fünfte. Besonders häufig trifft Altersarmut Menschen, die einst als so genannte Gastarbeiter ins Land gekommen sind und deren Löhne Zeit ihres Arbeitslebens zu gering waren, um ihnen im Alter eine gute Rente zu sichern.

Unsere Seniorenpolitik geht davon aus, dass ältere Menschen über ein reiches Wissen und interessante Lebenserfahrungen verfügen. Sie wollen ihr Leben individuell gestalten und sich in der Gemeinschaft engagieren. Sie müssen nach Zeiten der Erwerbsarbeit selbstbestimmt und würdevoll leben können. Eine auskömmliche Rente, eine gute Gesundheitsversorgung und ein altersgerechtes Wohnumfeld, das einem erhöhten Sicherheitsbedürfnis Rechnung trägt, sind Voraussetzungen für eine neue Kultur des Alters und des Alterns.

Das Wissen und die Erfahrungen älterer Menschen sind für Friedrichshain-Kreuzberg unverzichtbar. Mit dem bundesweit ersten Seniorenmitwirkungsgesetz, das DIE LINKE 2006 in Berlin entwickelt und durchgesetzt hat, wurde die Grundlage geschaffen, die Beteiligung älterer Berlinerinnen und Berliner an der Gestaltung ihrer Stadt auszuweiten. DIE LINKE möchte die Beteiligung bei den Wahlen zur Seniorenvertretung in Friedrichshain-Kreuzberg durch die Zusammenlegung mit den Wahlen zur Bezirksverordnetenversammlung und dem Abgeordnetenhaus erhöhen und setzt sich dafür ein, dass künftig auch mehr Seniorinnen und Senioren mit Migrationshintergrund für die Arbeit in der Seniorenvertretung gewonnen werden.

Viele ältere Menschen in unserem Bezirk haben Interesse an neuen Formen der Begegnung zwischen Jung und Alt und mit Menschen unterschiedlicher Herkunft. Sie sind bereit, sich aktiv in die Gestaltung neuer Angebote in der Nachbarschaft einzubringen. DIE LINKE

setzt sich deshalb weiterhin dafür ein, in allen Bezirksregionen generationenübergreifende, interkulturelle Begegnungsstätten wie in der Falckensteinstraße oder am Mehringplatz zu entwickeln. Wir halten daran fest, auch in Friedrichshain-West ein solches Begegnungsangebot einzurichten.

Diese Begegnungsstätten müssen barrierefrei gestaltet werden, so wie Barrierefreiheit überall zum Standard der Bauplanung, Stadtplanung und Grünflächengestaltung werden muss. Wir wollen unseren Bezirk dafür fit machen, dass die alltägliche Versorgung, Verkehr, Wohnen, Kultur, Freizeit, und Gesundheit auch auf die Bedürfnisse älterer und alter Menschen zugeschnitten sind. In allen Belangen sind das Zusammenleben von Jung und Alt und die Anforderungen und Chancen einer älter werdenden Gesellschaft mitzudenken.

Damit ältere Menschen überhaupt eine Chance haben, in Friedrichshain-Kreuzberg bleiben und leben zu können, braucht es für sie dringend ausreichend bezahlbaren und altersgerechten Wohnraum. Wir fordern, dass der vorhandene Wohnbestand so weiterentwickelt wird, dass ältere Menschen so lange wie möglich selbstbestimmt in den eigenen vier Wänden und im angestammten Kiez wohnen bleiben können. Die vorhandenen Seniorenhäuser müssen erhalten bleiben und zugleich weiterentwickelt werden, sowohl im Hinblick auf Barrierefreiheit als auch um neue Formen des Zusammenlebens im Alter zu ermöglichen.

SPORT: Sportvereine unterstützen, Sportstättenangebot ausweiten

In Friedrichshain-Kreuzberg sind rund 30 000 Bürgerinnen und Bürger in über 150 Sportvereinen und Betriebssportgruppen organisiert. Nahezu jede denkbare Sportart wird in unserem Bezirk ausgeübt. Viele Vereine klagen jedoch schon lange darüber, dass die ihnen zur Verfügung stehenden Trainingszeiten und -plätze weit hinter der Nachfrage zurück bleiben. Besonders betroffen ist der Jugendbereich, wo immer wieder Kinder mangels Trainingszeiten abgewiesen werden müssen.

Diese Situation hat sich in der Zwischenzeit durch die Beschlagnahmung einiger Sporthallen zur Nutzung als Notunterkunft für geflüchtete Menschen weiter verschärft. DIE LINKE dankt den betroffenen Vereinen, die deutlich gemacht haben, dass Menschlichkeit in schwierigen Zeiten wichtiger ist, als Trainingszeiten und Sportangebote. Viele Mitglieder der Vereine haben zudem aktiv bei der Einrichtung der Notunterkünfte mit Spendensammlungen und mit Sportangeboten speziell für Geflüchtete geholfen. Gleichzeitig weisen sie zu Recht darauf hin, dass dies für beide Seiten keine dauerhafte Lösung sein kann. Für die dort untergebrachten Menschen ist das

Leben in einer Sporthalle sowieso unzumutbar, aber DIE LINKE setzt sich auch dafür ein, dass die Vereine für ihre Ausfallzeiten angemessene Kompensationen vom Berliner Senat erhalten. Vielerorts sind massive finanzielle Einbußen und Mitgliederschwund durch ausgefallene Angebote zu beklagen und damit droht auch der Verlust von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bzw. von Arbeitsplätzen. In einigen Fällen geht es sogar um die Existenz von Sportabteilungen oder gar ganzer Vereine. Auch deshalb ist es wichtig, dass die Turnhallen schnell und vollständig wiederhergerichtet werden, wenn sie nicht mehr für die Unterbringung von Geflüchteten genutzt werden. Land und Bezirk müssen dafür rechtzeitig mit den notwendigen Vorbereitungen und Ausschreibungen beginnen.

Aber auch unabhängig von dieser vorübergehenden Ausnahmesituation muss das Angebot an Sportstätten im Bezirk erhalten und ausgebaut werden. DIE LINKE setzt sich weiter dafür ein, dass Kreuzberger Baerwaldbad zu erhalten und das Schwimmbad Holzmarktstraße wieder für das reguläre Publikumsschwimmen zu eröffnen. Gerade die Angebote des Schwimmsportes sind für die Kinder- und Jugendförderung sowie den Seniorensport unbedingt erforderlich. Dass Schülerinnen und Schüler inzwischen für den Schwimmunterricht mit Bussen zu Hallen in anderen Bezirken gefahren werden müssen, darf aus unserer Sicht auf Dauer nicht so bleiben.

Auch an Flächen für die traditionellen Feldsportarten, wie zum Beispiel Fußball, fehlt es in unserem hochverdichteten Innenstadtbezirk. Wir fordern, dass die Nöte der Sportvereine zukünftig bei Neubauvorhaben mitbedacht werden. Bei künftigen Bauvorhaben soll die Nutzung der Dachflächen für eine Sportnutzung, wie schon auf dem Baumarkt an der Yorckstraße oder auf dem Dach des Großhandels in der Nähe des Ostbahnhofes, durch die Investoren geprüft, geplant und finanziert werden. Das ehemalige Wasserrückhaltebecken am Tempelhofer Feld muss so schnell wie möglich zu einem Sportplatz umgebaut werden. Weitere Flächen sind zeitnah auf ihre Eignung zu prüfen. Man kann nicht von »wachsender Stadt« sprechen und mit enormem Bevölkerungszuwachs kalkulieren und dabei die Folgen für den Vereinssport unter den Tisch fallen lassen.

Die bezirklichen Hallen sollen erweitert und wo nötig saniert werden, um dadurch das Angebot auszubauen. Eine noch engere Verzahnung von Schul- und Vereinssport ist zu prüfen.

Neben dem Ausbau und der Erweiterung der Sportflächen will DIE LINKE eine weiterführende Förderung des Jugendbereichs und des Frauen- und Mädchensportes. Hierfür sind kreative Ansätze und gegebenenfalls Querfinanzierungen und Subventionierungen aus anderen Verwaltungsbereichen erforderlich.

Die materielle Ausstattung der Vereine wollen wir schrittweise verbessern. Auf Antrag der LINKEN wurde bereits in der letzten

Legislatur beschlossen, dass Vereine, die mit dem Bezirk sogenannte »Schlüsselverträge« über die Wartung und Pflege der Sportanlagen haben, hierfür zusätzlich Geld erhalten.

STADTENTWICKLUNG: gemeinsam solidarisch planen und entscheiden

Die Berliner Stadtentwicklung ist seit einigen Jahren vor allem durch den massiven Neubau von hochpreisigen Wohnungen und Büro- und Hotelflächen in vermeintlich »guten« Lagen der Innenstadt geprägt. In der Folge steigen die Mieten, die Grundstückspreise, der Flächenverbrauch und damit die Versiegelung der Grün- und Freiflächen der Stadt. Zunehmend werden unterschiedliche Interessen gegeneinander ausgespielt: wenn mehr Wohnungen benötigt werden, haben die Bürgerinnen und Bürger eben auf Grünflächen zu verzichten, müssen Kleingärten weichen und werden Wohnungen durch neue Hochhäuser eben verschattet. Die grünen Baustadträte haben diesen vermeintlich zwingenden Konflikt nicht gelöst, sondern vielmehr durch ihre Zustimmung zu Bauprojekten, wie dem auf dem Yaam-Grundstück am Spreeufer oder der geplanten Nachverdichtung der Wohnungsbaugesellschaft WBM im Friedrichshainer West, verstärkt.

DIE LINKE steht für eine städtebauliche Entwicklung unseres Bezirks, die Soziales, Bildung, Grün-, Sport- und Freizeitflächen sowie Verkehr als wichtige Grundlagen des Lebens versteht. Der Kampf für eine soziale, ökologische und demokratische Stadtentwicklung macht aus unserer Sicht eine kritische Auseinandersetzung mit den großen Prestigeprojekten in der Innenstadt notwendig. Das Bezirksamt muss hier eine gestaltende Rolle gegenüber Bauentwicklern einnehmen statt vermeintliche Sachzwänge zu exekutieren und Investoren zu umwerben. Entsprechend haben wir zum Beispiel in den letzten Haushaltsberatungen erste Schritte durchgesetzt, um das bezirkliche Vorkaufsrecht für Immobilien in Milieuschutzgebieten künftig auch tatsächlich ausüben zu können.

Der Berliner Senat hat auf die seit Jahren steigenden Mieten nur eine Antwort: massiver Neubau – koste es was es wolle. Doch planloser Neubau führt zu einer Zuspitzung zahlreicher anderer Probleme im Bezirk: Bereits jetzt fehlen tausende Kitaplätze und viele Grundschulplätze. Die angestrebte hohe Verdichtung geht oft direkt zu Lasten grüner Freizeit- und Erholungsflächen.

Neubau in unserem Bezirk muss bezahlbaren Wohnraum und soziale Infrastruktur schaffen und darf die Mietenexplosion nicht weiter anheizen. In der Praxis treffen viele Neubauprojekte zu Recht auf erhebliche Skepsis in der Nachbarschaft, da sie vor allem Eigentumswohnungen oder hochpreisigen Wohnraum schaffen und am Mangel an preiswerten Wohnungen nichts ändern. Das Freudenberg-Areal

in Friedrichshain und auch die geplante Bebauung rund um das Gleisdreieck oder am Postbank-Hochhaus am Tempelhofer Ufer sind solche Neubauten. Sie schaden mehr als sie nützen.

Wir brauchen neue Wohnungen, aber vor allem preiswerte Wohnungen für Menschen mit geringem Einkommen sowie barrierefreie Wohnungen. Die benötigte soziale Infrastruktur wie Kindertagesstätten, Schulen, Räume für die Senioren- und Stadtteilarbeit oder Jugendclubs muss mit gebaut und finanziert werden. DIE LINKE setzt sich dafür ein, in beiden Ortsteilen Stadtteilzentren zu erhalten bzw. nach dem Vorbild des Nachbarschaftshauses in der Urbanstraße weiterzuentwickeln. Stadtteilzentren bieten mit ihren vielseitigen Angeboten von Kiez-Café, Tauschbibliothek, Beratungen, bis zu Jugend-, Kultur-, und Seniorengruppen einen Ort, wo verschiedenste Menschen aufeinandertreffen und ihre Stadt gestalten können.

Auswirkungen auf die Wohnqualität, wie Verschattungen durch zu geringe Bauabstände, müssen sorgfältig betrachtet werden und der Ausgleich für Grün- und Erholungsflächen muss im Rahmen eines bezirklichen Grün- und Freiraumkonzepts erfolgen.

DIE LINKE will die Bürgerbeteiligung im Planungs- und Baurecht ausbauen. Wir wissen, dass wir in der Stadtentwicklung nur vorankommen, wenn wir mit Menschen zusammenarbeiten, die für ihre Interessen eintreten. Betroffene und Interessierte müssen rechtzeitig und öffentlich informiert und in die Planungs- und Entscheidungsprozesse einbezogen werden. Im Bezirk setzen wir uns konkret für eine über die gesetzlichen Verpflichtungen hinausgehende Beteiligung ein, damit sie wirklich Einfluss auf die Planungen und die Willensbildung des Bezirks nehmen kann. Dafür müssen auch die Finanzmittel zur Unterstützung von Initiativen aufgestockt werden.

Die städtische Infrastruktur darf sich nicht nach den Wünschen von Großinvestoren richten. Sie muss stattdessen den Bedürfnissen der Bevölkerung im Bezirk folgen. Wir setzen uns dafür ein, dass Investoren im Rahmen von städtebaulichen Verträgen ihren Beitrag zur Realisierung kommunaler Interessen leisten. Darum sollen möglichst viele Bauanträge im normalen Bebauungsplanverfahren entschieden werden und nicht nach Paragraph 34 des Baugesetzbuches, das unter bestimmten Bedingungen einen Anspruch auf Baurecht ohne Bebauungsplanspanverfahren und Bürgerbeteiligung gewährt. Das Bezirksamt soll hier möglichst restriktiv entscheiden und alle Möglichkeiten ausschöpfen, um ein formelles Planungs- und Entscheidungsverfahren des Bezirks und eine formelle Bürgerbeteiligung zu erreichen.

Wir wollen die Privatisierung öffentlicher Räume zurückdrängen und die öffentliche Gestaltungshoheit über große Flächen wiederstellen. Wir wehren uns gegen eine zunehmende Kommerzialisierung des öffentlichen Raumes und insbesondere von Grünflächen. Plätze, Parks und Fußwege sind überfrachtet mit Werbung, Verkehrsschildern und Restauranttischen. Wir wollen nichts davon verbieten, aber eine Diskussion im Bezirk und seinen Kiezen führen, welches Maß der Nutzung vereinbar ist mit dem Anspruch, dass der öffentliche Raum allen gehört, die hier leben.

Zusammen mit Bürgerinitiativen haben wir uns in den letzten Jahren für eine andere Stadtentwicklung stark gemacht und auch einiges erreicht: Die landeseigene Wohnungsbaugesellschaft WBM hat nach Protesten bereits begonnen, ihre Pläne zur Nachverdichtung im Friedrichshainer Westen zu reduzieren. Wir werden weiter unterstützen, wenn sie sich gegen diese Nachverdichtung, insbesondere der Innenhöfe, wehren. Die Initiative gegen die massive Bebauung des Freudenberg-Areals im östlichen Friedrichshain konnte die Bebauungspläne zwar nicht mehr wesentlich ändern. Aber immerhin wurde der Anteil von sozial geförderten Wohnungen erhöht und der Anteil an Eigentumswohnungen verringert.

Selbstverwaltete Wohnprojekte sind Teil einer alternativen Stadtentwicklung, die wir weiter unterstützen und fördern wollen. Dazu gehören selbstverständlich auch Wagenplätze und (ehemals) besetzte Häuser und Hausprojekte. Wir wenden uns gegen deren Kriminalisierung und wollen sie als widerständige Teile der Identität Friedrichshain-Kreuzbergs erhalten.

Der Verkauf des bundeseigenen Dragonerareals am Mehringdamm in Kreuzberg zum Höchstpreis an einen Investor wurde auch mit unserer Unterstützung auf Bezirks-, Landes- und Bundesebene vorläufig verhindert. Wir werden weiter Druck auf die Bundesregierung machen, dass dieser Verkauf zum Höchstpreis endgültig gestoppt und das Areal dem Land und dem Bezirk zu einem angemessen Preis zur Verfügung gestellt wird, damit dort bezahlbare

Wohnungen kombiniert mit Kultureinrichtungen und Gewerbe entstehen können. Die geplante Einrichtung des Sanierungsgebietes »Rathausblock«, in dem sich das Dragonerareal befindet, darf im Ergebnis nicht zu weiteren Mietsteigerungen führen. Die Umsetzung des erfolgreichen Bürgerentscheids »Spreeufer für alle!« unterstützen wir weiter und der Volksentscheid zum Tempelhofer Feld wird sicher nicht der letzte Erfolg für eine andere Stadtentwicklung in Berlin bleiben.

STARKE UND HANDLUNGSFÄHIGE BEZIRKE: bedarfsgerecht ausgestattet und bürgernah

Jeder Berliner Bezirk hat für seine Einwohnerinnen und Einwohner die Funktion einer Kommune: Er ist ihre Stadt, ihr Kiez, ihr Wohn- und Freizeitort, er ist Heimat und Nachbarschaft, wichtig für Lebensqualität und die eigene Identität. Die Verwaltung des Bezirks ist Ansprechpartnerin für die 275 000 Bewohnerinnen und Bewohner der »Großstadt« Friedrichshain-Kreuzberg.

DIE LINKE setzt sich für starke und handlungsfähige Bezirke ein. Entscheidungen sollen wenn möglich in den Bezirken getroffen, hier sollen bürgernahe und qualitativ hochwertige Dienstleistungen erbracht werden. Dabei muss selbstverständlich sichergestellt werden, dass individuelle Rechtsansprüche – in den Bürgerämtern, in den Kita-Gutscheinstellen, in den Sozialämtern und überall sonst – in der gesamten Stadt gleichermaßen in angemessener Qualität erfüllt werden.

Doch das Land Berlin beschneidet zunehmend die Handlungsmöglichkeiten der Bezirke und stattet sie mit zu wenigen Finanzmitteln aus. Dazu kommt in der Haushaltswirtschaft ein System der sogenannten »Kosten- und Leistungsrechnung« (KLR), das statisch und unflexibel Mengen in ein Verhältnis zu Ausgaben und Einnahmen setzt. Besondere Anforderungen, bezirkliche Eigenheiten und die Qualität erbrachter Leistungen können und sollen so nicht abgebildet werden. Spielräume für notwendige Schwerpunktsetzungen oder gezielte Förderung bestimmter Aktivitäten, etwa im Sport-, Vereins- oder Sozialbereich, sind nahezu unmöglich. DIE LINKE tritt dafür ein, die KLR nicht mehr als Budgetierungs-Instrument einzusetzen, damit Bezirke nicht mehr gegeneinander um Geld konkurrieren müssen. Stattdessen müssen sie in Zukunft wieder über eine verlässliche Basis für ihre Haushaltsplanung verfügen.

DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass die Bezirke die Schwerpunkte bei der Entwicklung von Kiezen und der Gemeinwesenarbeit, bei kommunaler Kultur und Jugendarbeit, bei Projekten der bezirklichen

Wirtschaftsförderung und bei der Ausgestaltung von Bürgerzentren, im Straßen- und Grünflächenbau, bei Investitionen und baulicher Unterhaltung selbst setzen können.

Um diesem Anspruch gerecht zu werden braucht es eine Umkehr bei der Personal- und Finanzausstattung der Bezirke sowie ein Investitionsprogramm des Landes, um die soziale Infrastruktur zu erhalten und beispielsweise neue Senioren- und Jugendfreizeiteinrichtungen, Nachbarschaftszentren oder Sportstätten auszubauen und die Bezirke für die Herausforderungen der wachsenden Stadt zu wappnen. Im Rahmen dieses Programms soll den Bezirken auch ermöglicht werden, den vielfach vorhandenen Sanierungsstau bei bezirklichen Einrichtungen und Dienstgebäuden abzuarbeiten, der nicht durch Sonderprogramme des Landes abgedeckt wird. Darüber hinaus fordert DIE LINKE als Sofortmaßnahme, dass mindestens 7,5 Millionen Euro frei verwendbare Mittel vom Land für jeden Bezirk zur Verfügung gestellt werden.

Insgesamt braucht Berlin endlich ein Personalentwicklungskonzept, das Personalplanung, Personalentwicklung und Organisationsberatung als eine strategische Aufgabe von gesamtstädtischer Bedeutung begreift und den Personalbedarf in den Bezirken ernst nimmt und abdeckt.

Des Weiteren müssen die Rahmenbedingungen dafür geschaffen werden, dass die Bezirke eigenständig Einnahmen nach ihren jeweiligen spezifischen Anforderungen erwirtschaften können. Die Gründung und der Betrieb bezirkseigener Unternehmen – zum Beispiel im Bereich des Wohnungswesens – sind wünschenswert.

Für Friedrichshain-Kreuzberg fordert DIE LINKE langfristige, bezirkliche Investitionsprogramme für die Bereiche Schule, Sport und Soziales und eine transparente, nachvollziehbare Haushaltsaufstellung und -bewirtschaftung. Es muss für interessierte Bürgerinnen und Bürger möglich sein nachzuvollziehen, wo der Bezirk Geld einnimmt und wie er es ausgibt.

Zudem wollen wir eine stärkere Nutzung von Stiftungs- und Genossenschaftsmodellen, um Steuerungsmöglichkeiten beispielsweise bei der Nutzung des bezirklichen Vorkaufsrechts in Milieuschutzgebieten zu haben. DIE LINKE hat in den abgelaufenen Haushaltsberatungen bereits durchgesetzt, dass im Bereich der Wohnungswirtschaft erste Schritte unternommen werden.

TOURISMUS: Belastungen für die Menschen im Bezirk reduzieren

In Friedrichshain-Kreuzberg gibt es nach den jüngsten Angaben insgesamt 88 sogenannte »Beherbungsbetriebe«, also Hotels, Hostels und Pensionen, mit über 16 000 Betten. Insgesamt nutzten zuletzt mehr als 1,5 Millionen Menschen diese Angebote für fast 3,8 Millionen Übernachtungen. Hinzu kommt, dass unser Bezirk natürlich auch für in den Nachbarbezirken untergebrachte Besucherinnen und Besucher attraktiv ist. In den Haupturlaubszeiten ist »überlaufen« eine verniedlichende Zustandsbeschreibung für Gegenden mit hoher Dichte an Gastronomie- und Unterhaltungsangeboten in unserem Bezirk. In der Simon-Dach-Straße, rund um die Warschauer Brücke oder im Wrangelkiez fühlt sich dann die ganze Welt zuhause, nur die Anwohnerinnen und Anwohner zunehmend weniger.

DIE LINKE begrüßt jeden Menschen herzlich, ob er langfristig bleiben oder Friedrichshain-Kreuzberg nur für einige Tage besuchen möchte. Der Tourismus muss jedoch dringend so organisiert werden, dass er für die hier lebenden und arbeitenden Menschen erträglich ist und nicht zu einer unzumutbaren Einschränkung ihrer Lebensqualität führt.

Die immer noch zahlreich vorhandenen Ferienwohnungen wirken sich negativ auf die verfügbaren Mietwohnungen und die Entwicklung der Mieten aus. Hinzu kommen durchgehend überfüllte Nahverkehrsmittel, Lärm und Verschmutzung, sowie die Verdrängung alteingesessenen Gewerbes durch kommerzialisierte, sich preislich und im Niveau ausschließlich am Tourismus orientierende Gastronomie und Unterhaltungsindustrie.

Oberstes Gebot ist es, Zweckentfremdung von Wohnraum durch Ferienwohnungen konsequent zu verhindern. Zudem bedarf es einer politischen Steuerung des Beherbergungsgewerbes. Weitere Hotels, Hostels und Pensionen darf es nur bei entsprechenden Kompensationsleistungen für den Bezirk und seine Bewohnerinnen und Bewohner geben.

Wir treten dafür ein, die massive Anhäufung von Gastronomie in bestimmten Gebieten wie aktuell zum Beispiel am Boxhagener Platz zu verhindern bzw. zu verringern. Zudem fordern wir für hochbelastete Wohngebiete Lärmschutz- und Verkehrsmessungen ein und wo notwendig konsequente Maßnahmen zum Schutz der Anwohnerinnen und Anwohner.

Wir erwarten, dass der Berliner Senat als Eigentümer der BVG dafür sorgt, dass die Angebote des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) auf den zentralen Routen in unserem Bezirk ausgeweitet und die Taktzahlen gerade in den Urlaubs- und Ferienzeiten erhöht werden.

Wahr ist allerdings auch, dass der Tourismus einer der sich am rasantesten entwickelnden Wirtschaftszweige in Berlin ist. Davon profitiert auch Friedrichshain-Kreuzberg. Allerdings fließt von den durch den Tourismus erwirtschafteten Geldern zu wenig in die Bezirke zurück, die davon am meisten betroffen sind. Und das obwohl ihnen durch den stetig anwachsenden Zustrom an Besucherinnen und Besuchern unvermeidbar steigende Kosten entstehen. Zuvorderst sind Reinigung und Instandhaltung bezirklicher Freizeitangebote, sowie Grün- und Parkanalagen zu nennen. DIE LINKE setzt sich hier für eine faire Kompensation ein, indem die höheren Kosten nicht allein durch die besonders durch den Tourismus belasteten Bezirke getragen werden müssen.

UMWELT: Grün- und Freiflächen erhalten

Die zentralen ökologischen Probleme unserer Zeit sind der Klimawandel und der Ressourcenverbrauch. Die Lösungen für diese Probleme müssen in erster Linie national und international gefunden werden, wobei die einzelnen Maßnahmen lokal erfolgen. Es ist Leitlinie unserer lokalen Politik, die weitere Verminderung des Ressourcenverbrauches, insbesondere der kohlenstoffgestützten Energie voranzubringen, vor allem in den öffentlichen Einrichtungen.

Klima- und Umweltschutz geraten in der Debatte um die Schaffung neuen Wohnraums immer mehr in den Hintergrund. Zunehmend werden Flächen zugunsten neuer Gebäude versiegelt, Bäume

zugunsten von Verkehrswegen gefällt und neue Grünflächen kaum noch angelegt. Jede Freifläche gilt als potentielles Bauland und soll dem Wohnungsbau zugeschlagen werden, obwohl Grün- und Freiflächen ganz wesentlich die Lebensqualität in Wohngebieten ausmacht. Wir stehen für eine sozial gerechte Umweltpolitik, die sich im Wesentlichen an den Bedürfnissen der Menschen, die in unserer Stadt leben, orientieren soll. Dabei kommt es darauf an, im Bezirk darauf hin zu wirken, dass die vorhandene bebaute Fläche und ökologisch nicht wertvolle Flächen besser und intensiver genutzt werden. So müssen zum Beispiel Supermarkt-Flachbauten mit unzähligen Quadratmetern Parkfläche verhindert werden. Die gesundheitlichen Belastungen als Folge der Umweltprobleme sind räumlich und sozial ungleich verteilt. Wer arm ist, lebt häufiger in einer Umwelt, die krank macht, ist mehr Lärmbelastungen und schlechterer Luft ausgesetzt, muss oft höhere Energiekosten aufbringen und hat weniger Grün im Wohnumfeld. Ziel unserer bezirklichen Umweltpolitik ist es, diesen Nachteil nach den gegebenen Möglichkeiten abzubauen.

Wir setzen uns dafür ein, dass Parks, Friedhöfe, Kleingärten stärker verbunden werden, damit Frischluftschneisen und Erholungsgebiete nicht durch Bebauung und Verkehr unterbrochen werden. Grünflächen müssen als Steuerungsflächen gegen innerstädtische Aufheizungsprozesse und als Stätten der Erholung erhalten bleiben. Die Kleingartenanlagen am Gleisdreieck (»POG«) und auf der Stralauer Halbinsel (»Alfred Kowalke«) sind zu erhalten. Die Vielfalt an Tieren und Pflanzen ist zu schützen. Wir wollen die Hof-, Fassaden- und Dachbegrünung weiter ausbauen.

Die Grünflächen müssen regelmäßig gepflegt und gereinigt werden. Bei der Pflege und Neuanlage sind verstärkt ökologische Aspekte, Tier- und speziell Insektenschutz sowie der Wasserverbrauch zu beachten. Wir wollen dazu neue Kooperationen der Verwaltung mit der BSR und den Wirtschaftsunternehmen des Bezirks initiieren, damit die geringen öffentlichen Mittel sinnvoll eingesetzt werden und sich die ansässigen Unternehmen an den Kosten beteiligen. Die Reinigung mehrerer Parkanlagen durch die BSR ist ein Schritt in die richtige Richtung. Daneben ist es wichtig, Initiativen, die sich selbst um die grüne Infrastruktur kümmern, wie zum Beispiel in den Prinzessinnengärten, zu unterstützen. Bezirkliche Grünanlagen sollen soweit möglich als Gemeinschaftsbeete genutzt werden und Raum für die erfahrbare und erlebbare Naturnutzung (»essbare Stadt«) schaffen.

Menschen mit und ohne Tiere sollten sich die Grünflächen der Stadt nicht streitig machen, sondern gemeinsam und möglichst konfliktfrei nutzen können. Hierzu bedarf es ausreichender, mit Kotbeutel-Ausgabebehältern ausgestatteter Auslaufflächen für die Hunde dieser Stadt.

DIE LINKE fordert, dass für jeden gefällten Baum mehrere neue Bäume gepflanzt werden. Investoren, die im Rahmen ihrer Baumaß-

nahmen Bäume fällen möchten, dürfen dafür Genehmigungen nur äußerst restriktiv erteilt werden. Die Entschädigungszahlungen, die von Investoren für gefällte Bäume an den Bezirk gezahlt werden, müssen von der Verwaltung zügig und vollständig in Baumpflanzungen reinvestiert werden. Nur so kann der Baumbestand erhalten werden. Zudem unterstützen wir Baumpflanzaktionen, Guerilla Gardening oder die Verschönerung von Baumscheiben auch auf bezirkseigenen Grünanlagen.

Schulgärten, Kleingärten und Urban Gardening sollen die Produktion von landwirtschaftlichen Gütern in der Stadt erlebbar machen. So kann die Wertschätzung für diese Produkte gesteigert und ein Beitrag zu regionalen Wirtschaftskreisläufen geleistet werden.

Durch steigendes Grund- und Schichtenwasser drohen im Bezirk zunehmend Schäden an Gebäuden. Dazu wollen wir Runde Tische mit den Betroffenen, Verbänden und den Verwaltungen einrichten, um über Maßnahmen wie die Pflege und Erneuerung der Dränagen zu beraten.

Baden in der Spree – das klingt wie eine kleine Utopie, aber es gibt Menschen, die daran arbeiten. Wir wollen sie dabei unterstützen, die Spree vom Dreck zu befreien und Badewasserqualität zu erreichen. Deshalb setzen wir uns weiterhin dafür ein, dass die bestehenden Modellprojekte, Pilotverfahren und Testreihen fortgeführt werden, um die Spree sauberer zu machen.

VERKEHR: Mobilität umweltfreundlich erhöhen

Mit der steigenden Einwohnerzahl Berlins nimmt auch der Verkehr zu. Der Radverkehr hat sich in unserem Bezirk in den letzten zehn Jahren etwa verdoppelt. Die Nutzung des Autos liegt hingegen deutlich unter dem Berliner Durchschnitt. In Berlin gibt es 342 Autos pro 1000 Einwohner, in unserem Bezirk sind es weniger als 200. Auf der anderen Seite nimmt der touristische Verkehr mit Reisebussen bis hin zu Bierbikes zu, was Straßen zusätzlich belastet und Anwohnerinnen und Anwohner belästigt. Der Großteil der Wege in Friedrichshain-Kreuzberg – fast ein Drittel – wird allerdings zu Fuß zurückgelegt.

Wir wollen umweltfreundliche Verkehrsarten, und dabei vor allem den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV), fördern und ihre Attraktivität steigern, ohne die einzelnen Fortbewegungsmittel gegeneinander auszuspielen.

DIE LINKE unterstützt den Ausbau des bezirklichen Fahrradroutensystems und dabei insbesondere neue Fahrradstreifen auf der Straße. Gerade entlang der Hauptverkehrsstraßen wie der Skalitzer Straße oder dem Tempelhofer Ufer muss es möglich sein, ungehindert

und sicher mit dem Fahrrad unterwegs zu sein. Die Abstellmöglichkeiten für Fahrräder müssen nicht nur vor Bahnhöfen und Einkaufsbereichen, sondern auch in Wohngebieten ausgebaut werden. Für Gewerbetreibende soll es einfacher werden, Fahrradabstellanlagen vor ihren Geschäften fest zu installieren. Die Einrichtung von Fahrradparkhäusern unterstützen wir. Wir begrüßen Initiativen für die fahrradfreundliche Stadt und eine Umverteilung von Straßenflächen zugunsten von Menschen, die zu Fuß gehen oder Rad fahren.

Gleichzeitig wollen wir mehr Engagement, um Konflikte zwischen Menschen, die zu Fuß gehen und denen, die Rad fahren, zu entschärfen. Fußgängerinnen und Fußgänger sind die ungeschütztesten Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer und gerade Älteren, Kindern, Kranken oder Menschen mit Behinderungen muss sichere Fortbewegung ermöglicht werden.

Wir wollen weitere Zebrastreifen, Mittelinseln oder Gehwegvorstreckungen vor Kindertagesstätten, Schulen und Seniorenheimen anlegen. Sie sind kostengünstig und trotzdem effektiv. Ampeln sind so zu schalten, dass die Straßenquerung für Fußgängerinnen und Fußgänger nicht nur im Laufschritt möglich ist. Hier müssen zum Beispiel an der Frankfurter Allee, der Karl-Marx-Allee, am Mehringdamm und der Gneisenaustraße Veränderungen erfolgen.

An Baustellen ist die Rad- und Fußverkehrsführung oft besonders unübersichtlich und gefährlich. Eine Nutzung mit Kinderwagen, Gehhilfen und Rollstühlen ist oft schwierig. Wir wollen, dass der Schutz und die Mobilität der schwächeren Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer bei Baustellen von Beginn an berücksichtigt werden. Das Falschparken auf Geh- und Radwegen ist konsequent zu ahnden.

Wir unterstützen im Grundsatz die Einrichtung von verkehrsberuhigten Bereichen, in denen Fußgängerinnen und Fußgänger Vorrang haben vor Radfahrenden und diese wiederum vor Autos. Entscheidend ist bei der Einrichtung jedoch, dass die Anwohnerinnen und Anwohner sowie die Gewerbetreibenden nicht nur frühzeitig in die Planungen einbezogen werden, sondern auch tatsächlich darüber entscheiden können, ob und wie solche verkehrsberuhigten Bereiche konkret ausgestaltet werden. Dies gilt insbesondere für die geplante Begegnungszone in der Bergmannstraße. Die stark befahrene Zossener Straße muss an der Bergmannstraße für den Kfz-Verkehr gesperrt werden, um die anliegenden Wohngebiete, insbesondere um die Friesenstraße, vom Durchgangsverkehr zu entlasten. Geschwindigkeitsbegrenzungen sind nicht bloß ein freundlicher Hinweis, sondern einzuhalten und zu kontrollieren. Das gilt insbesondere für Wohnstraßen wie zum Beispiel die Marchlewskistraße oder die Obentrautstraße. Wir fordern zudem den gezielten Einsatz von Bodenschwellen und sogenannte Dialog-Displays, die die Geschwindigkeit der Fahrzeuge anzeigen.

DIE LINKE fordert den weiteren Ausbau eines öffentlichen und barrierefreien Uferwanderwegs an der Spree mit einem ganzjährigen und kostenlosen Zugang für alle Menschen. Die Errichtung eines kombinierten Fahrrad- und Fußgänger-Stegs auf Höhe der Eisenbahn-/Brommystraße stärkt den Fuß- und Radverkehr, denn er verkürzt Wege und erschließt dem ÖPNV um und am Ostbahnhof neue Nutzergruppen.

Der Ausbau des ÖPNV soll mittelfristig vor allem durch die Erweiterung des Tram-Netzes geschehen. Für den Anschluss von Kreuzberg an das Berliner Tram-Netz fordert DIE LINKE, dass die Linie M10 über die Oberbaumbrücke hinaus bis zur Falkensteinstraße/Höhe Schlesische Straße verlängert wird. DIE LINKE fordert zudem, die Verlegung des Endhaltepunkts der Tram-Linie M13 vom Helsingforser Platz/Revaler Straße zum U-Bahnhof Warschauer Straße zu prüfen, um die Umsteigewege zu verkürzen. Zeitweise überfüllte Buslinien, wie zum Beispiel der M29 oder der M41, sind im Takt deutlich zu verdichten. Haltestellenkaps an geeigneten Orten reduzieren die Fahrtzeiten der Busse und erleichtern Mobilitätseingeschränkten den Ein- und Ausstieg. Für BVG und S-Bahn fordern wir einen Stopp der Fahrpreiserhöhungen und perspektivisch sinkende Fahrpreise.

Wir setzen uns auch weiterhin für ein barrierefreies Berliner Nahverkehrssystem ein. Dazu müssen die Bahnhöfe mit Aufzügen und Rolltreppen ausgestattet und die Wartung dieser Anlagen verbessert werden.

Eine Schikane der Autofahrenden lehnen wir ab. Stattdessen setzen wir auf die Steigerung der Attraktivität anderer Verkehrsarten. Denn viele Menschen sind weiterhin auf ein Auto angewiesen, wie

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Pflegediensten, Menschen mit Behinderungen oder auch Familien, für die eine Fahrt im eigenen Auto mit Kindern, Buggy und Einkaufstaschen weniger Aufwand bedeutet als manche Fahrt mit Bus und Bahn.

Wir setzen uns grundsätzlich für die Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung und die damit einhergehende Erweiterung der Parkmöglichkeiten für Anwohnerinnen und Anwohner in den Wohnquartieren ein. Wir brauchen jedoch eine bezirksübergreifende Strategie, damit der Verkehr und die Parkplatznot nicht nur einige Straßen verlagert wird. Mit deutlich unter 100 Euro pro Stellplatz im Jahr halten wir die Kosten im Vergleich zum Nutzen grundsätzlich für vertretbar. Aber an der Ausgestaltung von und der Entscheidung über Bewirtschaftungszonen, Gebührenhöhen und die jeweiligen Wochentage und Tageszeiten müssen Anwohnerinnen und Anwohner sowie Gewerbetreibende beteiligt werden.

Parkhäuser und Tiefgaragen in der Stadt stehen oft halb leer. Wir unterstützen Lösungen, um die Nutzung von Stellplätzen in Geschäftszentren außerhalb der Geschäftszeiten durch Anwohnerinnen und Anwohner zu kostengünstigen Konditionen zu ermöglichen. DIE LINKE fordert den weiteren Ausbau des Car Sharing-Netzes im Bezirk. Private Anbieter von Car- und Bike-Sharing sollen jedoch eine Sondernutzung für das Straßenland zahlen. Im innerstädtischen Güterverkehr ist die Nutzung von Lastenfahrrädern zu fördern.

Wir haben bisher gegen den Ausbau der A 100 bis zum Treptower Park gekämpft und werden uns genauso gegen den nächsten Bauabschnitt über die Frankfurter Allee bis zur Storkower Straße, der aktuell von CDU und SPD auf Landesebene geplant und vorbereitet wird, einsetzen.

WIRTSCHAFT: Beschäftigung und gute Arbeit fördern

Die Wirtschaft im Bezirk entwickelt sich stärker als in Gesamtberlin. Friedrichshain-Kreuzberg ist ein Gründerbezirk. Allein über 4 000 Neugründungen wurden 2015, vor allem in der Kreativwirtschaft, verzeichnet. Dem standen allerdings auch 2 500 Insolvenzen gegenüber. Unter dem Strich ist in unserem Bezirk der Zuwachs an Unternehmen am größten. Inzwischen gibt es hier über 42 000 Gewerbetreibende. Davon sind 80 Prozent im Dienstleistungsbereich und im Handel tätig.

Gleichzeitig bieten viele Arbeitsplätze im Bezirk nur wenig Sicherheit oder sind schlecht bezahlt. Gute Arbeit ist für viele Unternehmen ein Fremdwort. Als Beispiel sei der inzwischen größte private Arbeitgeber im Bezirk, Zalando, genannt. Neue Arbeitsplätze werden häufig von

außen und nicht mit Arbeitsuchenden aus dem Bezirk besetzt. Viele Existenzgründungen, wie auch die weitaus große Mehrheit der Betriebe, sind Klein- und Kleinstunternehmen mit einem Beschäftigten und gegebenenfalls noch den Familienangehörigen. Dies gilt vor allem für Betriebe von Menschen mit Migrationshintergrund. Insgesamt haben Gewerbetreibende immer größere Schwierigkeiten, preiswerte Gewerberäume zu finden, und leben häufig am Rande des Existenzminimums.

DIE LINKE fordert, dass die Aufgaben des bezirklichen Bündnisses für Wirtschaft und Arbeit, in dem unter anderem Gewerkschaften und Arbeitgeber, Arbeitsagentur, Jobcenter und Bezirksamt zusammenarbeiten, ausgeweitet werden. Bisher wurde hier nur über die Vergabe von Fördermitteln entschieden. Das Bündnis muss aber eigene Initiativen entwickeln. Wir fordern, dass – wie schon erfolgreich bei Anschutz umgesetzt – mit einzelnen Investoren im Bezirk Vereinbarungen für Beschäftigung und gute Arbeit abgeschlossen werden, über die Erwerbslose aus Friedrichshain-Kreuzberg zu guten Arbeitsbedingungen in den ersten Arbeitsmarkt integriert werden können.

DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass im Rahmen der Wirtschaftsförderung des Bezirks endlich auch die muttersprachliche Beratung von Existenzgründerinnen und Existenzgründern sowie Kleinstgewerbetreibenden möglich wird. Außerdem wollen wir, dass Broschüren künftig regelmäßig auch in türkischer und arabischer Sprache über die neuesten Fördermöglichkeiten informieren.

DIE LINKE tritt dafür ein, dass insbesondere das Kleingewerbe stärker unterstützt wird. Gerade kleinere Unternehmen brauchen günstige Gewerbemieten. Auch deshalb haben wir in der Bezirksverordnetenversammlung darauf hingewirkt, dass in Milieuschutzgebieten künftig Gewerberäume nicht länger in teure Eigentumswohnungen umgewandelt werden sollen. Notwendig ist darüber hinaus ein Gewerbeflächensicherungskonzept. Um den Milieuschutz als ein Instrument zum Erhalt der sozialen Zusammensetzung der Wohnbevölkerung in diesem Sinn zu stärken, muss auf Bundesebene eine Änderung im Baugesetz erfolgen.

DIE LINKE setzt sich dafür ein, die Mieten in den über 40 Gewerbehöfen im Bezirk über einen Gewerbe-Mietspiegel zu deckeln. Wir unterstützen den Vorschlag, im Ortsteil Friedrichshain in Zusammenarbeit mit der Handwerkskammer einen Handwerkerhof zu errichten.

Ab Mitte 2016 bietet das neue Spielhallengesetz die Möglichkeit, die Zahl der Spielhallen radikal zu reduzieren. Wir fordern, von dieser Möglichkeit konsequent Gebrauch zu machen. Auch hierdurch können neue Gewerberäume entstehen.

DIE LINKE hat sich immer für die sogenannte alternative Ökonomie in Form von selbstverwalteten, demokratisch organisierten Unternehmen, beispielsweise kleinen Genossenschaften, eingesetzt. Sie unterliegen nicht der Profitlogik und setzen sich für soziale, ökologische oder kulturelle Interessen ein. Vieles, was es hiervon an Ansätzen gerade in unserem Bezirk schon einmal gab, ist in den letzten Jahren versandet. Initiativen, die hier einen neuen Anlauf wagen, werden wir, wo möglich, unterstützen.

Inhalt

FRIEDRICHSHAIN-KREUZBERG:
SOZIAL. SOLIDARISCH. WELTOFFEN. 3

ARBEIT: existenzsichernd statt unsicher und schlecht bezahlt 6

ARBEITSLOSIGKEIT UND JOBCENTER:
unterstützen statt sanktionieren und schikanieren 9

AUSBILDUNG: gut ausbilden,
erfolgreichen Berufsstart ermöglichen 12

BÜRGERÄMTER: mehr Personal, kürzere Wartezeiten 14

BÜRGERBETEILIGUNG: stärken und ernstnehmen 15

DROGENPOLITIK: aufklären und helfen statt kriminalisieren 16

FLUCHT UND ASYL: in der Not helfen,
schnelle Integration ermöglichen 17

FRAUEN UND GLEICHSTELLUNG:
Diskriminierung von Frauen umfassend beseitigen 21

FREIES INTERNET: WLAN-Zugang für alle schaffen 22

GESUNDHEIT UND PFLEGE:
gut versorgt bei Krankheit und im Alter 23

JUGEND UND FAMILIE: Beteiligung von Jugendlichen
ausbauen, familiäre Kompetenzen stärken 25

KITA: ausreichend Plätze für alle Kinder 27

KULTUR: Vielfalt erhalten und Geschichte sichtbar machen 28

LEBEN MIT BEHINDERUNG: inklusiv und ohne Barrieren 30

MIETEN UND WOHNEN: Mietenexplosion stoppen,
bezahlbaren Wohnraum schaffen 31

MIGRATION UND INTEGRATION:
demokratische Teilhabe und gleiche Rechte für alle 34

ÖFFENTLICHER RAUM UND SICHERHEIT:
wohnen und leben ohne Müllberge, Gestank und Gewalt 35

QUEER: vielfältig und sexuell selbstbestimmt 37

RECHTSEXTREMISMUS:
konsequent gegen alte und neue Rechte 38

SCHULE: für eine gute Bildung für alle 39

SENIORINNEN UND SENIOREN: auch im Alter gut leben 41

SPORT: Sportvereine unterstützen,
Sportstättenangebot ausweiten 42

STADTENTWICKLUNG:
gemeinsam solidarisch planen und entscheiden 44

STARKE UND HANDLUNGSFÄHIGE BEZIRKE:
bedarfsgerecht ausgestattet und bürgernah 47

TOURISMUS: Belastungen für die Menschen
im Bezirk reduzieren 49

UMWELT: Grün- und Freiflächen erhalten 50

VERKEHR: Mobilität umweltfreundlich erhöhen 53

WIRTSCHAFT: Beschäftigung und gute Arbeit fördern 55

www.dielinke-friedrichshain-kreuzberg.de